



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
28. Februar 2013

Protokoll Nr. 5

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 20. Dezember 2012, 13.30–17.25 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Theres Vinatzer

Präsenz:
Anwesend sind 47 Ratsmitglieder
Pirmin Müller ist abwesend ab 16.45 Uhr

Entschuldigt:
Daniel Furrer

Stadtpräsident Stefan Roth kommt um 15.00 Uhr
Stadtrat Martin Merki ist abwesend ab 16.15 Uhr

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Bericht und Antrag 38/2012 vom 31. Oktober 2012: Schulanlage Felsberg Gesamtanierung und Ausbau: Ausführungskredit	4
3. Bericht und Antrag 39/2012 vom 31. Oktober 2012: Schulraumbedarf Stadtteil Littau Neubau Betreuung Fluhmühle: Projektierungs- und Baukredit	29
4. Bericht und Antrag 35/2012 vom 30. Oktober 2012: Verlängerung der Frist zur Behandlung der Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“	35
5. Bericht und Antrag 37/2012 vom 31. Oktober 2012: Abschreibung von Motionen und Postulaten	37
6. Bericht und Antrag 36/2012 vom 27. Oktober 2012: Abrechnung von Sonderkrediten	41
7. Postulat 328, András Özvegýi namens der GLP-Fraktion, vom 25. April 2012: Road Pricing für Luzern <i>Antrag Stadtrat: Ablehnung</i>	42

- | | | |
|----|--|----|
| 8. | Postulat 345, Verena Zellweger-Heggli und Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion, vom 29. Juni 2012:
Überprüfung des Nachtstern-Angebots mit Gemeinden-Partizipation
<i>Antrag Stadtrat: Ablehnung</i> | 49 |
| 9. | Postulat 331, Marcel Budmiger und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 26. April 2012:
Zweitwohnungen müssen erhoben werden
<i>Antrag Stadtrat: Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung</i> | 49 |

Eingänge

1. Bericht und Antrag 35/2012 vom 24. Oktober 2012: „Verlängerung der Frist zur Behandlung der Initiative ‚Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern‘“
2. Bericht und Antrag 36/2012 vom 24. Oktober 2012: „Abrechnung von Sonderkrediten“
3. Bericht und Antrag 37/2012 vom 31. Oktober 2012: „Abschreibung von Motionen und Postulaten“
4. Bericht und Antrag 38/2012 vom 31. Oktober 2012: „Schulanlage Felsberg. Gesamt-sanierung und Ausbau – Ausführungskredit“
5. Bericht und Antrag 39/2012 vom 31. Oktober 2012: „Schulraumbedarf Stadteil Littau. Neubau Betreuung Fluhmühle.: Projektierungs- und Baukredit“
6. Interpellation 16, Max Bühler, Marcel Budmiger und Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 8. November 2012: „Emmi-Areal – Akzeptanz der Kulturbetriebe durch die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner“
7. Einladung zur 3. Sitzung der Sozialkommission vom 29. November 2012
8. Einladung zur 4. Sitzung der Geschäftsprüfungskommission vom 29. November 2012
9. Einladung zur 4. Sitzung der Bildungskommission vom 29. November 2012
10. Einladung zur 5. Sitzung der Baukommission vom 29. November 2012
11. Interpellation 17, Ali R. Celik und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, vom 12. November 2012: „Ein bisschen mehr Integration: Migrationshintergrund als Erfahrungswissen und vielfältige Ressource“
12. Interpellation 18, Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 13. November 2012: „Fragen zum Projekt City Boat Luzern“
13. Motion 19, Ali R. Celik und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 14. November 2012: „Eigentümerstrategie der Stadt Luzern für die HAS“

14. Interpellation 20, Marcel Budmiger und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Stefanie Wyss und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 20. November 2012: „Meinungsfreiheit erst nach Ladenschluss?“
15. Motion 21, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 22. November 2012: „Raumpotenziale für Kultur- und Kreativschaffende nicht nur prüfen, sondern auch sichern“
16. Postulat 22, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 22. November 2012: „Zwischennutzungsagentur Luzern“
17. Protokoll 2 Sozialkommission vom 15. November 2102
18. Einladung zur 2. Sitzung der Verkehrskommission vom 4. Dezember 2012
19. Stellungnahme zum Postulat 345, Verena Zellweger-Heggli und Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion, vom 29. Juni 2012: „Überprüfung des Nachtstern-Angebots mit Gemeinden-Partizipation“
20. Protokoll 3 Baukommission vom 15. November 2012
21. Protokoll 3 Bildungskommission vom 15. November 2012
22. Einladung zur 6. Sitzung der Baukommission vom 6. Dezember 2012
23. Einladung zur 5. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 20. Dezember 2012
24. Postulat 23, Christian Hochstrasser und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Max Bühler und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. Dezember 2012: „Keine Armee-Propagandashow in der Stadt Luzern“
25. Interpellation 24, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 5. Dezember 2012: „Mindestbelegung von Wohnungen in städtischem oder begünstigtem genossenschaftlichen Eigentum“
26. Motion 25, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 5. Dezember 2012: „Leuchtturmprojekt für preiswerte Neubauwohnungen“
27. Protokoll 3 Sozialkommission vom 29. November 2012
28. Protokoll 4 Geschäftsprüfungskommission vom 29. November 2012
29. Einladung zur 7. Sitzung der Baukommission vom 13. Dezember 2012

Beratung der Traktanden

Keine Wortbegehren.

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Theres Vinatzer begrüsst die Anwesenden zur fünften und letzten Sitzung im Jahr 2012. Stadtrat Martin Merki verlässt die Sitzung um 16.15 Uhr. Er nimmt an den Weihnachtsfeiern in den Betagtenzentren teil. Aus dem gleichen Grund wird Stadtpräsident Stefan Roth später eintreffen. Aus beruflichen Gründen ist Daniel Furrer entschuldigt abwesend. Pirmin Müller wird die Sitzung um 16.45 Uhr verlassen.

Die Ratspräsidentin verdankt die eingegangene Weihnachtskarte vom Sekretariat des Grossen Stadtrates. Als Nachfolger des verstorbenen Oswald Stalder heisst sie Franz Meyer als Protokollführer willkommen.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung werden in der Pause zur Behandlung der BZO kurz zusammentreten, ebenfalls Baudirektorin Manuela Jost und Baukommissionspräsident Daniel Wettstein. Die nächste Sitzung der Geschäftsleitung wird — wenn sich nichts ändert, je nach Planung der BZO — vor der Ratssitzung vom 31. Januar 2013 stattfinden.

Sie lädt herzlich ein zum Apéro im Anschluss an die Ratssitzung in der Sala Terrena im Am-Rhyn-Haus, um gemeinsam das alte Jahr ausklingen zu lassen. Auch die Medienvertreter sind dazu willkommen.

2. Bericht und Antrag 38/2012 vom 31. Oktober 2012: Schulanlage Felsberg. Gesamtsanierung und Ausbau: Ausführungskredit

Eintreten

Kommissionspräsident Daniel Wettstein: Die Schulanlage Felsberg ist sicher ein spezieller Ort. Die Baukommission hat an der Sitzung vom 29. November 2012 die Anlage intensiv diskutiert. Anlässlich eines Rundgangs hat sich die Baukommission einen sehr detaillierten Einblick verschafft. Dass ein Sanierungsbedarf offensichtlich ausgewiesen ist, zeigte sich in der kommissionsinternen Abstimmung. Die Gebäude stammen aus den 40er-Jahren und sind ins Alter gekommen. Die Schulanlage – das konnte man sich vor Ort vergegenwärtigen — ist mehr als nur eine Schule, sondern ein eigentlicher Park, ein besonderer Ort für das ganze Quartier mit einem sehr speziellen Charakter. Deshalb ist auch eine Sanierung anstelle eines totalen Neubaus unbestritten. Die Baukommission stimmt einer Sanierung einstimmig zu. Aber, wie immer gibt es wie bei jedem Bauprojekt Diskussionen. Vor allem der energetische Aspekt stand im Vordergrund. An diesem Beispiel zeigt sich das Spektrum der Meinungen, was nötig ist, während andere Seiten einige Sachen als verzichtbar betrachten. Für Nichtfachleute ist es oftmals schwierig zu beurteilen, was richtig oder nötig ist. So entstanden verschiedene Anträge zur Streichung oder Aufschiebung gewisser Teile. Zum Beispiel diskutiert wurde über die Photovoltaik-Anlage im Betrag von 335'000 Franken, die kontrollierte Lüftung mit

751'000 Franken, oder die Kosten für Kunst am Bau von 82'000 Franken. Ein Antrag auf Kürzung des Kredits, je nach Rechnungsart, bis zu einer Million Franken, fand in der Baukommission keine Zustimmung. In der Schlussabstimmung wurde der stadträtliche Antrag mit 5:4 Stimmen gutgeheissen. Es wurde vereinbart, Anträge zu den einzelnen Positionen in der Detailberatung direkt vorzubringen, wie sie im Budget ab Seite 41 ausgewiesen sind, ohne Berücksichtigung von Subventionen und der Mehrwertsteuer.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Erarbeitung für das nun vorliegende Projekt zur Erneuerung der Schulanlage Felsberg.

Eine Erneuerung ist nicht nur aus baulicher und statischer Sicht zwingend notwendig, sondern auch unumgänglich zur Umsetzung der bildungspolitischen Ziele, die mit der Zustimmung zum B+A 29/2012 zur Entwicklung der Volksschule gesetzt wurden. Mit den steigenden Schülerzahlen im Einzugsgebiet ist ein erhöhter Raumbedarf verbunden und auch die Realisierung der angestrebten Anzahl an schulergänzenden Betreuungsplätzen erfordert zusätzliche, bedürfnisgerechte Räumlichkeiten. Mit dem vorliegenden Neubau- und Sanierungsprojekt wird in jeglicher Hinsicht eine Optimierung umgesetzt, was die Fraktion sehr begrüsst. Die Fraktion steht voll und ganz hinter diesem Projekt. Ja, sie würde sogar noch gerne einen Schritt weiter gehen. Denn mit nicht viel mehr Geld könnte man gleich auch noch die Dächer der bestehenden Schulanlage mit einer gut integrierten Photovoltaik-Anlage eindecken und aus einer Energieschleuder, wie es das Schulhaus heute ist, eine Gewinn abwerfende „Wollmilchsau“ machen.

Nun gut, auch die GLP kommt ab und zu wieder zurück in die Realität. Das pragmatische Vorgehen zum Bau eines Schulhauses im Minergie-A Eco-Standard wird von der GLP unterstützt. Denn genau diesen Standard wollen ja die Schweizer Energiedirektoren im Rahmen der Energiestrategie umsetzen. Die Fraktion findet es toll, dass sich nun die Luzerner KMU und innovative Firmen auf dem Platz Luzern an diesem zukunftsgerichteten Projekt beteiligen können. Dies schafft neue Märkte und bringt unseren lokalen Unternehmen Arbeit. Und nicht zuletzt ist es auch eine Chance für die Stadtverwaltung selber. Es bietet die Möglichkeit, mit dem Projekt Felsberg Kompetenzen aufzubauen – Kompetenzen notabene, welche bei der anstehenden Energiewende dringend gebraucht werden, auch in der Verwaltung. In den nächsten Jahren werden die Ausgaben für Gebäudesanierungen zweifellos stark zunehmen. Aus regionalökonomischer Sicht muss doch ein grosses Interesse bestehen, dass von diesen Ausgaben ein möglichst grosser Anteil in unsere Region fliesst. Dazu braucht es konkrete Projekte. Wo müssen SIE als Unternehmer in der Schweiz präsent sein? Sicher nicht in einem Nest, genannt Stadt Luzern, welche bei jedem Bauwerk die Photovoltaik-Anlage streicht, da sie in den folgenden Jahren sicher billiger wird!

Innovationskraft, Clusterbildung und attraktive Rahmenbedingungen für die KMU bedeuten mehr als tiefste Steuern. Ein grosses, anerkanntes Planungsbüro aus der Stadt Zürich hat neulich an ihrem Tochter-Standort in Bern zwei neue Stellen ausgeschrieben. Gesucht wurden zwei Projektingenieure für die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Sprechende hat sich erkundigt, warum denn in Bern und nicht bei der Tochtergesellschaft in Luzern? Die Antwort war so kurz wie klar: Es gibt keine Nachfrage vor Ort, die Firma positioniert sich da, wo Arbeit vor-

handen ist. Dies zeigt für die GLP einmal mehr auf, warum in Luzern nach wie vor gute Jobs für Hochschulabgänger fehlen. Keine Nachfrage, keine klaren Ziele und bei jedem Projekt eine Diskussion, Minergie oder eher fast keine Minergie – aber ohne Lüftung. Und die Photovoltaik-Anlage bitte erst in ein paar Jahren wenn's dann sicher billiger ist. Kein Wunder werden akademische Stellen in Zürich oder eben in Bern geschaffen und nicht hier in Luzern. Man ist genau wieder da, wie es kürzlich eine Studie der Crédit Suisse formulierte: Die Region Zentralschweiz hat eine überdurchschnittliche Abhängigkeit von der Bauwirtschaft und eine unterdurchschnittliche Anzahl von innovativen Betrieben für neue, moderne Technologien.

Die GLP-Fraktion unterstützt demzufolge den Antrag des Stadtrates zum Einbau einer Lüftungsanlage. Es ist ja bestens bekannt aus diesem Ratssaal. Die schlechte Luft ist oft nicht nur sprichwörtlich. Das Schulhaus Felsberg wurde seit 1948 nie einer Sanierung unterzogen. Somit ist die nun geplante Sanierung auch eine Investition für die nächsten 20, 30 oder gar 60 Jahre. Aus dieser Optik ist es geradezu fahrlässig, auf den Einbau einer Lüftung zu verzichten. Eine Bemerkung sei erlaubt: Nur im Wahlkampf darüber reden und im Parteiprogramm davon schreiben, dass man auch nachhaltig ist und das Erneuerbare gut findet, reicht im Jahr 2012 nicht mehr. Konkrete Taten sind gefordert. Sollte die Mehrheit des Rates die Lüftung wie auch die Photovoltaik-Anlage aus dem B+A streichen, wird die Fraktion der GLP dem B+A wohl nicht zustimmen.

Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A 38/2012 ein und wird ihm in der vorliegenden Fassung gemäss Antrag des Stadtrates einstimmig zustimmen.

Markus Mächler: Seit Dezember 2009 wird heute im Grossen Stadtrat zum zweiten Mal zur Renovation und Erweiterung der Schulanlage Felsberg debattiert. Damals, bei der Kreditierung des Projekts und der Bestimmung des Raumprogrammes, hat die CVP-Fraktion das sorgfältige Vorgehen in der Planung sowie den Umgang mit der wertvollen Bausubstanz gelobt und dem Kredit zugestimmt. Auch hat die CVP damals auf die Kostenschätzung hingewiesen und per Protokollbemerkung verlangt, dass das Kostenziel von damals 15,5 Millionen Franken als verbindliche Planungsgrundlage gelten müsse.

Nun, drei Jahre später fragt man sich: Was wurde bloss falsch gemacht? Der Stadtrat will, dass für die Schulanlage jetzt 18,6 Millionen Franken bewilligt werden sollen. Das ist eine Erhöhung von drei Millionen Franken oder etwa 20 Prozent. Warum ist diese Kostensteigerung nötig? Im B+A kann man lesen, dass das Projekt während der Entwicklung sogar einmal bei Baukosten von gegen 20 Millionen Franken angekommen war – und dass der Stadtrat selber bereits eine Sparrunde gedreht hat. So soll das Projekt auf den Kinderspielplatz Nord verzichten; es soll an der Nordfassade der Altbauten auf eine zusätzliche Wärmedämmung verzichtet werden und die Wärmeerzeugung soll nicht selber finanziert, sondern durch ein Contracting durch eine spezialisierte Unternehmung gebaut und dann auch betrieben werden. Als Gründe für die höher veranschlagten Kosten werden angeführt: Die Ausführung im Minergiestandard A-Eco, die geplante Photovoltaik-Anlage und die notwendige Erdbebenertüchtigung. Angesichts der städtischen Finanzsituation, der schnell ansteigenden Verschuldung und des

neben der akzeptierten Steuererhöhung noch anstehenden Sparpakets von vier Millionen Franken kommt die CVP zum Schluss: Nein, wir wollen keine drei Millionen Franken zusätzlich für das Felsberg-Schulhaus ausgeben. Wir wollen nur so viel investieren, wie nötig – und wir brauchen mit dieser Renovation keinen Vorzeige-Preis zu ergattern. Wie hat doch Christian Bertschi in der NLZ am letzten Sonntag so treffend formuliert: Eine „neue Bescheidenheit“ ist angesagt! Diese, unsere Stadt mit dem angeschlagenen Finanzhaushalt, kann und soll sich keine Luxussanierung leisten. Mass halten ist das Gebot der Stunde – und dieses Mass ist auch bei den Baukosten der Schulhaussanierung im Felsberg gefragt.

Eigentlich müsste er jetzt namens der Fraktion einen Nichteintretens- oder einen Rückweisungsantrag stellen. Weil aber die einzelnen Positionen mit den entsprechenden Kosten im B+A fein säuberlich aufgeführt sind, kann der Rat ein abgeändertes Bauprogramm auch mit den resultierenden Preisangaben selber beurteilen und so den Baukredit neu definieren. Darum will die CVP-Fraktion auf den B+A eintreten und ihn heute beraten.

Im Übrigen wäre es ungerecht, dieses Projekt nicht auch noch inhaltlich zu würdigen. Die CVP hat nämlich an der geplanten Renovation und der Erweiterung grundsätzlich grosse Freude; das Wettbewerbsergebnis hat ein gutes Resultat gebracht. Die städtebauliche Situation wird nicht gestört und die geplanten Eingriffe sind massvoll. Die Freiräume werden respektiert, die Mammutbäume geschont. Der Ersatzbau anstelle des Hauses „Felsbergstrasse 18“ findet bei der CVP Gefallen. Im Rahmen der Beratungen in der Baukommission konnte man sich auch von den sorgfältig geplanten Eingriffen in der wertvollen Bausubstanz überzeugen. Alles in allem ein wirklich gutes Projekt, das den Bedürfnissen der heutigen Pädagogik Rechnung trägt. Da könnte man eigentlich gar nicht dagegen sein – wenn nur diese Kostensteigerung nicht wäre. Leider wird festgestellt, dass dieses unselige „teurer-werden“ offenbar System hat. War es bei Betagtenzentren schon so, erlebt man nun wieder Gleiches: beim Maihof-schulhaus, hier beim Felsberg und beim nächsten Geschäft, dem Fluhmühleschulhaus auch. Frage, warum das?

Der Stadtrat gibt zur Kostenentwicklung ab der Seite 37 im B+A detailliert Auskunft zu den Baukosten und deren Hintergründe. Und er schickt dem Parlament auch eine Auswahl-sen-dung von sogenannten Optionen, die er immerhin auch gleich selber qualifiziert und quanti-fiziert. Und da meint die Fraktion der CVP nun, dass mit dem Niveau der Energieeffizienz schon etwas gar dogmatisch umgegangen wird. Während man auf die Eigenfinanzierung der Wärme-erzeugung verzichten und ein Contracting abschliessen will, soll nun aber bei den Altbauten eine Raumlüftung für über eine Million Franken, und eine unverständlich teure Photovoltaik-Anlage ausgeführt werden. Das versteht die CVP nicht, das ist falsch, und das werden auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht verstehen. Das JA vom letzten Sonntag, wo in denkwürdiger Weise der städtischen Steuererhöhung zugestimmt wurde, dieses JA bedeutet nun sicher nicht, dass Steuergelder mit beiden Händen ausgeben werden sollen, nur um einen Minergie-Label zu erhalten. Dazu wird gleichzeitig die schützenswerte Bausubstanz nicht geschont, sondern zerstört.

Damit man sich richtig versteht: Auch die CVP will ein gut isoliertes Gebäude; eine Anlage, die im Unterhalt wenig Energie verbraucht und die möglichst keine fossilen Energieträger benötigt. Aber nur aus prinzipiellen Gründen eine im Nutzen fragwürdige Anlage zu bauen, ist in

den Augen der CVP falsch. Das kann und will die Fraktion nicht mittragen. In der Detailberatung wird die Fraktion Streichungsanträge stellen oder allenfalls solche von anderen Fraktionen unterstützen.

Der langen Rede kurzer Sinn. Umbau und Erweiterung der Schulanlage Felsberg: ja – aber ohne Schnörkel und ohne Übertreibung im Energiebereich. Dem Rat liegt ein gutes Projekt vor, das respektvoll mit dem Bestand umgehen will und zugleich neue Bedürfnisse zu befriedigen vermag. Es liegt nun am Parlament, das Nötige vom Unnötigen zu trennen, und die Verschuldung der Stadtkasse noch verantworten zu können.

Die Fraktion der CVP wird auf den B+A 38/2012 eintreten, ihm auch zustimmen und die Volksmotion 90 als erledigt abschreiben.

Nico van der Heiden: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für den sehr ausführlichen und präzisen B+A. Die Vertreterin und die Vertreter von der Baukommission haben sich bei einem persönlichen Augenschein vor Ort über das Renovationsbedürfnis von diesem Schulhaus ein Bild machen können. Die Sanierung ist aus Sicht der Fraktion absolut unbestritten. Er glaubt, fast allen gefällt diese Schulanlage. Sie ist architektonisch interessant; es ist ein wichtiger Freiraum in diesem Quartier, mit einem wunderschönen Ausblick über die Stadt und man fühlt sich dort einfach wohl. Er ist überzeugt, dass das mit dem vorliegenden Projekt so bleiben wird. Besonders erfreut ist die SP/JUSO-Fraktion, dass mit dem Renovations- und Neubauprojekt die signifikanten Mammutbäume erhalten bleiben.

Sowohl die Sanierung der alten Schulanlage wie auch der Neubau überzeugen die Fraktion vollumfänglich. Es ist ein gelungenes Projekt, das sehr gut zwischen energetischen, denkmal-schützerischen und schulischen Aspekten vermittelt. Speziell positiv hervor sticht der Minergiestandard A-Eco. Das ist nicht selbstverständlich bei einer Sanierung. Die Fraktion hält zwingend daran fest, auch wenn das dogmatisch erscheint. Energetische Sanierung hat in der heutigen Zeit einen hohen Stellenwert und es ist wichtig, dass das erreicht wird. Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für den mutigen Schritt in die richtige Richtung.

Die aufgeführten Kosten im B+A sind gut belegt und es handelt sich keineswegs um ein Luxusprojekt, das hier diskutiert wird. Die Erdbebenertüchtigung beispielsweise wird nur im Rahmen des gesetzlichen Minimalstandards verwirklicht und es wird auch nur ein kleiner Teil der Schulzimmer rollstuhlgängig gemacht. Ein Luxusobjekt aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion würde anders aussehen. Wie der Kommissionspräsident auch erwähnt hat, besteht offenbar bei drei Teilaspekten Diskussionsbedarf: die Photovoltaik-Anlage, die Lüftung und die Kunst am Bau. So viel nur vorneweg: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Haltung des Stadtrates vollumfänglich und hält an allen drei wichtigen Aspekten des Projekts fest. Sie unterstützt also die Photovoltaik-Anlage, den Einbau der Lüftung und auch den sehr bescheidenen Anteil für Kunst am Bau. Ebenfalls unterstützt wird der Antrag, auf ein Contracting bei der Wärmeerzeugung zu verzichten, was zwar auf dem Papier heute für den Kredit Mehrkosten bedeutet, dafür im Unterhalt jährlich Geld spart, wenn das die Stadt selber macht.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen. Sie stimmt somit dem Kredit von 18,987 Millionen Franken zu, inklusive Eigenfinanzierung der Wärmeerzeugung, wie es die Mehrheit der Baukommission vorschlägt. Auch mit der Abschreibung der Volksmotion 90 erklärt sich die SP/JUSO-Fraktion einverstanden.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den informativen, gut lesbaren und umfassenden Bericht und Antrag.

Beim Schulhaus Felsberg handelt es sich um eine wunderschön gelegene Anlage. Die als schutzwürdig eingestuftes Gebäude verdienen, sorgfältig instand gestellt zu werden. Es ist sehr erfreulich, dass aus dem durchgeführten Architekturwettbewerb ein Projekt hervorgegangen ist, das die vielfältigen Anforderungen an ein modernes Schulhaus, aber auch der Denkmalpflege erfüllen kann. Die verschiedenen Gebäude befinden sich heute in einem Zustand, der eine rasche Sanierung zwingend erforderlich macht. Nicht nur der Innenausbau ist veraltet. Die Gebäude genügen auch den Anforderungen an die Erdbebensicherheit nicht und sind eigentliche Energieverschwender. Es besteht in jeder Hinsicht dringender Sanierungsbedarf.

Die geplanten Sanierungsmassnahmen an den bestehenden Gebäuden sowie den Neubau erachtet die FDP-Fraktion als verhältnismässig und zweckmässig. Sie respektieren den heutigen Bestand und sind mit der Denkmalpflege abgesprochen. Dass bei der Sanierung der Pavillons der angestrebte Minergie-Standard nicht erreicht werden kann, ist unter Berücksichtigung der baulichen Randbedingungen nachvollziehbar. Die notwendigen Eingriffe wären möglicherweise von der Denkmalpflege abgelehnt worden. Dass trotzdem eine mechanische Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung eingebaut werden soll, wurde in der FDP-Fraktion kontrovers diskutiert. Eine knappe Mehrheit der Fraktion lehnt diese Massnahme unter Berücksichtigung der hohen Investitionskosten und des fraglichen Nutzens ab. Eine Minderheit der Fraktion sieht in der mechanischen Lüftung eine sinnvolle, ja notwendige Massnahme, weil nur so die Anforderungen an die Raumlufthygiene in den Klassenzimmern sichergestellt werden können. Zudem resultiert dank der Wärmerückgewinnung ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Energieeffizienz. Unbestritten sind die notwendigen baulichen Eingriffe zur Erhöhung der Erdbebensicherheit. Ein Teil der FDP-Fraktion wird daher den Antrag unterstützen, auf die mechanische Lüftung zu verzichten, beziehungsweise den Antrag selber vorbringen.

Beim Neubau wird der Entscheid, das Gebäude im zeitgemässen Minergie-A-Standard zu erstellen, von der FDP-Fraktion begrüsst. Damit ist auch gesagt, dass die FDP-Fraktion den Bau der PV-Anlage auf dem Dach der Turnhalle, welche dem Minergie-A-Standard geschuldet ist, unterstützt. Der Entscheid, beim Neubau auf den Minergie-A-Standard zu setzen, ist zukunftsgerichtet und korrespondiert mit den Zielen im Energiereglement der Stadt Luzern. Die Ergebnisse aus den Abklärungen betreffend Minergie-P haben deutlich vor Augen geführt, mit welchen Nachteilen gerechnet werden muss, wenn erst im Verlauf der Planung definiert wird, welche energetischen Anforderungen an ein Gebäude gestellt werden. Im konkreten Fall wären massive Mehrkosten und Terminverzögerungen die Folge, was dazu führt, dass es gar nicht mehr möglich ist, das Gebäude dem Standard Minergie-P entspre-

chend zu planen und zu bauen. Energieeffiziente Gebäude können nur dann wirtschaftlich geplant und gebaut werden, wenn von allem Anfang an klar ist, welcher Energiestandard erreicht werden soll.

Die Entwicklung der Baukosten, wie es schon Markus Mächler erwähnte, scheint einem bekannten Muster zu folgen. Die Begründung, dass die Aufwendungen für die Erdbebenertüchtigung höher als veranschlagt liegen, der Erhalt der Mammutbäume aufwendig ist und ein höherer Energiestandard ausgeführt wird, sind zwar nachvollziehbar. Eine Kostensteigerung von ursprünglich 14 Millionen Franken auf nun 19 Millionen Franken, wenn die Heizung eingerechnet wird, ist für die FDP-Fraktion nur schwer nachvollziehbar. Das vorgeschlagene Contracting für die Heizung der Gebäude lehnt die FDP-Fraktion trotzdem ab. Der kurzfristigen Entlastung des Investitionsbudgets stehen langfristig hohe Energiekosten und ein höherer Unterhaltsaufwand gegenüber.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A 38/2012 ein.

Urs Zimmermann: Das Schulhaus Felsberg aus dem Jahr 1946 ist unumstritten sanierungsbedürftig. Die SVP-Fraktion stuft den Erhalt der Pavillons als schützenswert ein und erachtet es als richtig, auf das Gebäude an der Felsbergstrasse 18 zu verzichten und dieses durch einen Neubau zu ersetzen. Bei der Führung sah man deutlich, dass die haustechnischen Installationen am Ende ihrer Lebensdauer sind. Die Ist-Situation bezüglich der Erdbebensicherheit ist aktuell massiv unter dem minimalen Erfüllungsgrad von 25 Prozent. Es ist also zwingend Handlungsbedarf vorhanden. Die SVP-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Sanierungs- und Neubauprojekt. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation in der Stadt Luzern könnten noch Optimierungen vorgenommen werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass auf folgende Investitionen verzichtet werden kann: Beim Sanierungsprojekt soll für eine Lüftungsanlage in einem Schulhaus ein sehr hoher Betrag von 751'000 Franken investiert werden. Das wird als masslos übertrieben erachtet. Es liegen auch keine konkreten Zahlen vor, um wie viel der Energieverbrauch dadurch effektiv reduziert werden kann. Gerade im Schulbetrieb hat man die Möglichkeit, nach jeder Lektion kurz die Fenster zu öffnen, um eine optimale Luftqualität wieder herzustellen. Schliesslich sind andere Primarschulhäuser in der Stadt Luzern auch nicht mit einer kontrollierten Lüftung ausgestattet. Aber einmal „Hand aufs Herz“: Fenster würden auch geöffnet, wenn eine kontrollierte Raumlüftung eingebaut würde. Der Neubau für Kindergärten und Betreuungsangebote stellt ein sehr gutes architektonisches Objekt dar, das sich optimal in die örtlichen Gegebenheiten einpasst, unter anderem auch in Kombination mit den Mammutbäumen. Das Gebäude soll nach dem Standard Minergie-A-Eco zertifiziert werden. Die dazu zwingend notwendige PV-Anlage für 335'000 Franken müsste auf dem Turnhallendach platziert werden. Das zeigt wieder einmal exemplarisch, mit welchen teuren Massnahmen man sich gewisse Label erkaufen muss. Der Neubau wird nach energetischen Vorgaben gebaut und nur für eine Zertifizierung braucht es noch eine zusätzliche, nicht ganz günstige Photovoltaik-Anlage. Wie lässt sich so etwas dem Steuerzahler erklären? Die SVP-Fraktion lehnt den Bau der Anlage entschieden ab. Eine weitere, völlig unnötige und freiwillige Investition ist der Posten Kunst am Bau. Das jetzige Gebäude-Ensemble ist

selber Kunst und es enthält auch sehr viele diverse künstlerische Vollteile und Einzelheiten. Mit der Sanierung wird ja direkt in die bestehende Kunst investiert. Es ist somit also nicht notwendig, dass man da noch mehr Geld ausgibt.

Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, stellt jedoch nachher in der Detailberatung die Anträge, die PV-Anlage zu streichen, die kontrollierte Lüftung zu streichen sowie auch Kunst am Bau zu streichen. Die genaue Zusammenstellung der Kosten hat die SVP dem Parlament vorgängig in einer Liste zugestellt.

Korintha Bärtsch: Es steht ausser Frage, dass beim Schulhaus Felsberg Handlungsbedarf besteht. Hier scheint man sich einig zu sein. Bei der Besichtigung der Baukommission vor Ort hat man das eindrücklich gesehen. Die 30 Duschen, welche alle mit einem einzelnen Hebel zu bedienen sind, hat sie schon etwas beeindruckt. Sie findet diese Einrichtung nicht mehr ganz zeitgemäss. Der vorliegende B+A mit dem Kredit für das Felsbergschulhaus zeigt aber auch auf, dass der Entscheid der Sanierung der bestehenden Anlage, ergänzt mit einem Neubau, richtig ist. Die charakteristischen Pavillonbauten, die spezielle Atmosphäre auf dem park-ähnlichen Pausenplatz mit den unterschiedlichen Niveaus und die tolle Aussicht machen die Anlage zu einem richtigen Bijou. Der grosszügige Schulhausplatz ist auch ein wichtiger Freiraum für das Quartier. Freiräume wie sie im Zusammenhang mit der inneren Verdichtung enorm wichtig sind.

Der Neubau fügt sich gut in das Ensemble ein und schafft den Platz, um die Anforderungen für eine moderne Schulanlage zu erfüllen. Und so eine moderne Schulanlage soll nach Meinung der G/JG-Fraktion auch eine mechanische Raumlüftung beinhalten. Eine mechanische Raumlüftung gewährleistet eine gute Luftqualität, welche das Lernen der Kinder fördert. Sie gewährleistet aber auch eine gute Qualität des Lüftens, um die Bausubstanz optimal zu unterhalten. Der andere wichtige Punkt: Die mechanische Lüftung spart Energie. Die Sanierung des Schulhauses ist auf einige Jahrzehnte ausgelegt. Es muss das Ziel sein, wenn immer möglich Energie einzusparen, auch wenn damit kein Label erreicht werden kann. Logisch wäre ein Minergie-Label für die sanierten Bauten schön gewesen, aber die Dämmung an der Nordfassade, welche für das Label noch nötig gewesen wäre, wird in diesem Falle von der Fraktion auch als nicht verhältnismässig bewertet.

Bezüglich Energie: Die Grünen/Jungen Grünen waren sehr überrascht — negativ überrascht —, dass die Prüfung der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Pavillonbauten bei der Erarbeitung des B+A kein Thema war. Wenn der Atomausstieg als Ziel gilt, wenn auch als Fernziel, so muss man gerade Ventilkonflikte, wie es sie mit den Interessen der Denkmalpflege gab, praktisch angehen und Lösungen suchen wollen. Das gleiche gilt auch für die Energiemassnahmen an Bauten. Auch dort muss die Richtung in Null-Energie-Haus gehen. Mit der Annahme der Steuererhöhung hat die Bevölkerung auch unterstrichen, dass sie nicht nur Minergiebauten will, sondern energetisch gut durchdachte Projekte. Dazu wird eine Strategie erarbeitet, auf welche man sehr gespannt ist. Erfreut hält die G/JG-Fraktion fest, dass sich der neue Stadtrat beim Neubau für den höheren Energiestandard eingesetzt hat, als ursprünglich vorgesehen war. Die Zusammensetzung der Module für den Ausführungskredit ist für die G/JG klar. Der

stadträtliche Vorschlag wird unterstützt. Wie schon angetönt, unterstützt die Fraktion auch den Antrag aus der Baukommission, die Photovoltaik-Anlage auf dem Pavillondach zu prüfen. Alle geeigneten Dachflächen für Solaranlagen sollten mit Solaranlagen bestückt werden, um dadurch erneuerbaren Strom produzieren zu können. Dass die Stadt das selber macht, ist für die G/JG nicht zwingend. Mit der gleichen Argumentation steht die Fraktion auch für die Photovoltaik-Anlage auf dem Turnhallendach ein. Die Auslagerung der Wärmeerzeugung an einen Contractor macht im vorliegenden Fall keinen Sinn. Die Anlage ist nicht so komplex, dass explizit eine externe Betreuung notwendig ist. Und weil man für das Contracting unter dem Strich mehr bezahlt, als wenn man selber investiert, ist es auch finanziell interessanter. Die mechanische Lüftung wurde schon erwähnt. Sparen bei Investitionen ist der falsche Ort. Wenn nicht erfolgte Investitionen zu erhöhten Unterhaltskosten führen, ist das kontraproduktiv. Und deshalb wird die G/JG-Fraktion auch die 751'000 Franken für die Lüftung gutheissen.

Der Beitrag für Kunst am Bau wird vollumfänglich unterstützt. Die verspielten Details sind kleine Aufmerksamkeit in den Pavillons. Für den Neubau freut man sich auf zeitgenössische Kunst, so wie das auch im Reglement vorgesehen ist.

Die Fraktion der Grünen und der Jungen Grünen tritt auf den B+A 38/2012 ein und stimmt dem Kredit von 18,987 Millionen Franken zu.

Baudirektorin Manuela Jost: Der Stadtrat dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme und Würdigung dieses grossen Projekts. Es ist klar, dass die Meinungen bei einigen Posten auseinander gehen, bei Einbauten oder Veränderungen, welche vor allem für die Zukunft gedacht sind. Sei es im Energiebereich, im Lüftungsbereich, oder aber auch im Bereich der Kunst. Sie möchte drei Punkte aufnehmen, welche sicher in der Detailberatung noch diskutiert werden. Der Stadtrat bedauert die Mehrkosten ebenso. Zum Zeitpunkt des Wettbewerbs, bei der Ausschreibung, wurden 16,2 Millionen Franken geschätzt. Hinzu kamen zusätzliche Aufwendungen für die Erhaltung der Mammutbäume, und auch die Erbebenertüchtigung, welche in der Ausgangsplanung nicht detailliert erfasst werden konnten. Der Entscheid des Stadtrates, zukunftsorientiert energetisch mit dem Gebäude umgehen zu wollen und deshalb auf Minergie A-Eco-Standard zu setzen, war sinnvoll. Dazu kamen die Mehrkosten für den behindertengerechten Ausbau im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz. Alle diese Massnahmen rechtfertigen die ausgewiesenen Mehrkosten. Aber dem Mehraufwand steht auch ein Mehrwert entgegen. Sie bittet das Parlament, nicht nur immer den Kostenteil, sondern auch den Mehrwert in der Zukunft zu berücksichtigen, wenn die geplanten Investitionen getätigt werden.

Zum energetischen Standard: Minergie-A-Eco wird nicht angestrebt aus Freude am Label – wie von der SVP geäussert – oder um einfach die Zertifizierung zu erlangen, sondern weil mit den Ressourcen sorgfältig und sparsam umgegangen werden will. Die Stadt Luzern als Energiestadt hat auch einen Auftrag, eine Pflicht, diesen Weg zu gehen. Und gerade die öffentlichen Gebäude müssen eine Vorreiterrolle übernehmen. Wer, wenn nicht die öffentliche

Hand, hat eine gewisse Verpflichtung zu zeigen, wo optimal mit der Energie umgegangen werden kann? Es war ein wichtiges Anliegen des Stadtrates. Deshalb wurde entschieden, den Mehraufwand einzukalkulieren. Sie glaubt, alle Architekten in diesem Raum wissen, dass die Photovoltaik-Anlage allein sicher günstiger ist, als die 330'000 Franken. Aber da kommen verschiedenste andere Massnahmen dazu. Sondierungen, statische Massnahmen usw., so dass es nicht 140'000 Franken sind, was sonst eine solche Anlage kostet. Inklusive aller Installationen und den Massnahmen wird eben diese Zahl erreicht.

Sie bittet das Parlament, dem Vorschlag des Stadtrates zu folgen, auch auf dem Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft. Und wirklich auch mit einer gewissen Vorreiterrolle im Sinne gesamtschweizerischem Minergie-A-Eco in den Schulhäusern. Man ist daran, gesamtschweizerisch den Energiekonsum grosser Gebäude wie eben auch Schulhäuser auf diesen Weg zu bringen.

Die kontrollierte Lüftung macht man aus energetischen Überlegungen Sinn. Und selbstverständlich können die Fenster geöffnet werden. Im Sommer spielt es keine Rolle. In der kalten Jahreszeit, das weiss man von Projekten, welche in der Ausführung sind – hier gibt es Erfahrungswerte – werden die Fenster dank kontrollierter Luft weniger oft geöffnet. Sie bittet das Parlament, der Lüftung ebenfalls zuzustimmen und wirklich das Schulhaus auf den Stand der modernen Technik zu bringen.

Bezüglich Technik: Man kann immer warten, auf noch neuere, noch bessere, noch günstigere Technik. Man kennt das auch vom i-Phone, oder von den Natels. Es ist eine sehr kurze Entwicklungszeit. Auch Photovoltaik-Anlagen wird es nächstes Jahr vielleicht schon günstigere geben. Aber irgendeinmal muss man Farbe bekennen und die Verpflichtung auch wahrnehmen und energetisch bewusst und verantwortungsvoll mit Gebäuden dieser Stadt umgehen.

Zum Contracting: Warum das Contracting? Die Leistung kann selbstverständlich durch die Stadt erbracht werden. Es wurde auch so in der Baukommission diskutiert. Es ist aber eine relativ komplexe Wärmeerzeugungsanlage mit neuen und alten Bestandteilen. Deshalb glaubt der Stadtrat, ein Contracting könnte eine gewisse Erleichterung und Effizienz schaffen.

Zur Kunst am Bau: Seit 1986 besteht ein Stadtratsbeschluss, welcher besagt, dass grundsätzlich bei Neubauten und grösseren Umbauten die Kunst am Bau erfolgen muss, welche auch separat ausgewiesen werden muss. Das wurde bestärkt im Jahr 1995 mit der Festlegung des Betrages. Es heisst: 0,5 bis 1 Prozent der gesamten Anlagekosten sind für Kunst am Bau vorgesehen. Der einzusetzende Betrag könnte also bis 193'000 Franken betragen. Deshalb hat der Stadtrat als Option 82'000 Franken im B+A vorgeschlagen. Dieser moderate Betrag ermöglicht durchaus ein Spannungsfeld zwischen moderner Kunst im Neubau und der bereits bestehenden Kunst im alten Gebäude. Sie bittet das Parlament, dem bescheidenen Betrag für Kunst am Bau zuzustimmen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Aus pädagogischer Sicht wird hier über ein Bauprojekt diskutiert, das den Bedürfnissen der Schule entspricht. Das ist auch ein Grund, weshalb dieser B+A auch in der Bildungskommission behandelt wurde. Teilweise standen bauliche Fragen im Vordergrund, aber eigentlich ist es sehr wichtig, dass das Schulhaus Felsberg, welches historisch bedeutend ist, den modernen Ansprüchen der Schule gerecht wird und Fragen wie Lüftung ebenfalls in die Überlegungen einfließen. Es wurde erwähnt, es sei exemplarisch, für irgendein Label irgendetwas machen zu wollen. Nein, es ist exemplarisch zu sehen, dass in unseren Nachbarländern, in Bayern und in Vorarlberg, genau solche Investitionen selbstverständlich sind. Luzerner Kantonsvertreter reisten nach Vorarlberg und bewunderten dort anerkennend die energetisch mustergültigen Anlagen.

Gleiches gilt auch für Kunst am Bau. Bildung und Kultur haben sehr viel gemeinsam und deshalb sind sie möglicherweise auch in der gleichen Direktion untergebracht. Kultur ist genauso Basisstein des gesellschaftlichen Lebens, wenn es auch für Einige „nice to have“ ist. Es steht einer Energiestadt Luzern gut an, den bescheidenen Weg – wie es das Reglement vorsieht – in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft zu gehen. Die Reduktion von CO₂, die Reduktion des Energieverbrauchs ist richtig und völlig kongruent mit den Bildungszielen, mit den pädagogischen Erwartungen. Einerseits wird den Kindern die individuelle Entwicklung ermöglicht und andererseits wird auf ihre gesundheitlichen Ansprüche eingegangen. Insofern hofft die Bildungsdirektorin, dass das Parlament der Vorlage, wie sie nun vorliegt, zustimmen wird.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer stellt fest, dass es keine weiteren Wortbegehren zum Eintreten gibt, und auch kein Rückweisungsantrag vorliegt. Sie erläutert das Vorgehen in der Detailberatung. Es wird zuerst kapitelweise vorgegangen. Ab Kapitel 4 bis 6 nach Unterkapiteln, und dann ab Seite 41 bis 43, seitenweise. Sie bittet, alle kostenrelevanten Anträge dann zu stellen. Somit ist die Übersicht gewährt, die entsprechenden Beträge sind sichtbar, und dadurch kann einfacher entschieden werden.

Detailberatung

Zu Kapitel 4.1.5.2 Photovoltaik-Anlage Seite 26

Baukommissionspräsident Daniel Wettstein: Die Baukommission hat einstimmig eine Protokollbemerkung zur Prüfung der Photovoltaik-Anlage auf den Pavillonbauten beschlossen:

Der Stadtrat prüft, auf den drei Pultdächern der Pavillonbauten im Rahmen der anstehenden Sanierung je eine Photovoltaik-Anlage zu installieren. Eine eigene oder externe Realisierung steht dabei frei.

Baudirektorin Manuela Jost: Der Stadtrat hat in Aussicht gestellt, eine mögliche Installation auf den drei Pavillonbauten zu prüfen. Die zuständigen Architekten haben die Prüfung vorgenommen. Dabei kam heraus, dass wegen der Beschattungssituation eigentlich nur zwei Dächer in Frage kämen und auch Sinn machen. Vorgesehen wäre Pavillondach 1 und 2, das Pavillondach 3 wäre nicht ideal und auch nicht effizient. Die kantonale Denkmalpflege hat ein umfassendes Gutachten erstellt. Es ist klar, dass die Denkmalpflege nicht grundsätzlich begeistert ist. Aber sie würde dem Vorhaben zustimmen, wenn gewisse Auflagen erfüllt werden. Das heisst, die Grösse und Farbe muss stimmen, und das Ganze müsste in gewissem Sinne wieder rückbaufähig erstellt werden. Der Kostenpunkt pro Dach liegt bei ungefähr 300'000 Franken inklusive statische Massnahmen, Installation usw. Dafür gibt es kein Energielabel, die notwendige Wärmedämmung ist bei den alten Gebäuden nicht möglich, und wird aus diesem Grund auch gar nicht vorgeschlagen.

Marcel Lingg: Es ist richtig, dass in der Baukommission diese Protokollbemerkung einstimmig überwiesen wurde, und zwar genau in diesem Sinne, wie es Baudirektorin Manuela Jost gesagt hat. Man zeigt wirklich auf, wie viel so eine Anlage kosten würde, und was das für Konsequenzen hätte. Der Sprechende ist dankbar, dass es nun bekannt ist. In Anbetracht der immensen Kosten von 600'000 Franken ist die SVP der Ansicht, dass eine Überweisung dieser Protokollbemerkung keinen Sinn mehr macht. Für die SVP ist die Photovoltaik-Anlage auf diesen beiden Dächern definitiv gestorben. Abgesehen davon wird der denkmalpflegerische Bereich zwischen Photovoltaik und 2000-Watt-Gesellschaft gegeneinander ausgespielt. Das missfällt der SVP.

Die SVP beantragt dem Rat, die Protokollbemerkung nicht zu überweisen. Einerseits ist sie erfüllt, die Option wurde geprüft. Andererseits kann sich die Stadt Luzern die Kosten gar nicht leisten. Es ist widersprüchlich, gleichzeitig mit der Protokollbemerkung auf den Pavillondächern eine Photovoltaik-Anlage zu fordern und nachher die Photovoltaik-Anlage auf dem Turnhallendach abzulehnen.

Jules Gut zu Marcel Lingg: Zuerst lesen und dann reden. Es geht nicht darum, die Photovoltaik-Anlage zu bauen. Der Stadtrat hat die Möglichkeiten abgeklärt. Man kann sie selber machen oder das Parlament ist bereit ist, auch einem Dritten anzubieten, diese Anlage zu erstellen. Es geht beileibe nicht darum, dass der Kredit nochmals erhöht wird. Es geht nur darum, falls man einen Dritten findet, die Anlage realisieren zu können. Der Sprechende freut sich sehr auf eine Stimme der SVP.

Markus Mächler: Die Protokollbemerkung wollte eine Prüfung, damit die Fakten bekannt sind. Er dankt der Baudirektorin Manuela Jost, dass dies so schnell und detailliert erfolgt ist. Er ist der Meinung, dass die Protokollbemerkung jetzt hinfällig ist. Ein Rückzugsantrag ist jetzt nicht mehr möglich, aber die Überweisung ist nicht mehr nötig. In der Detailberatung zur ohnehin geplanten Photovoltaik-Anlage, die so oder so vorgesehen war, wird er in der Konsequenz wohl nicht gleicher Meinung sein wie sein Vorredner, Marcel Lingg von der SVP.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer lässt über die Protokollbemerkung der Baukommission abstimmen.

Die Protokollbemerkung wird mit 23 zu 22 Stimmen überwiesen.

Zu Kapitel 4.2.6.2 HLK-Anlagen, Seite 32

Baukommissionspräsident Daniel Wettstein: Es handelt sich nicht um eine vollwertige Klimaanlage, sondern um ein sogenanntes Free cooling. Der Eindruck entstand, dass, wenn es technisch nicht notwendig ist, darauf zu verzichten. Die Baukommission hat mit 7:0 Stimmen, bei zwei Enthaltungen der Protokollbemerkung zugestimmt:

Auf eine Kühlung ist, sofern nicht technisch notwendig, zu verzichten.

Baudirektorin Manuela Jost möchte noch ein Wort einlegen für das sogenannte Free cooling. Aus diesem System resultiert im Sommerhalbjahr als sinnvoller Nebeneffekt eine Wärmerückgabe an die gesamte Speichermasse. Es ist also nicht etwas Verlorenes oder Nutzloses, sondern es ist wirklich erforderlich für die ganze Systematik.

Rieska Dommann. Kühlung im Kindergarten: Für Neubauten bestehen seit einigen Jahren gesetzliche Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz, wie es Baudirektorin Manuela Jost erwähnt hat. Viele Architekten haben jedoch immer noch Mühe, konzeptionelle Massnahmen zur Sicherstellung der Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz für ein angenehmes Raumklima zu entwickeln. Die Frage wurde in der Baukommission gestellt, ob es notwendig sei, aus technischer Sicht die Kühlung einzubauen. Der vorliegende Neubau hat einen sehr hohen Glasanteil, was hinsichtlich des sommerlichen Wärmeschutzes keine optimalen Voraussetzungen schafft. So stellt sich die Frage, ob die geplante Kühlung das Ziel der erwünschten Wärmedämmung überhaupt erreicht.

Grundsätzlich sollten Kindergärten nach Auffassung der FDP-Fraktion, selbst wenn dies mit einer Wärmepumpe technisch sehr einfach möglich ist, nicht gekühlt werden. Zum einen ist es ganz einfach nicht notwendig, und zum anderen senden wir ein schwieriges Signal aus, wenn wir Kindergärten kühlen. Als nächstes werden die Lehrerinnen und Lehrer verlangen, dass die Klassenzimmer ebenfalls gekühlt werden und dann möchten die Mitarbeitenden der Verwaltung gekühlte Arbeitsräume! Es ist schwer vorzustellen, wohin das führt, wenn man mit dem Kühlen von Kindergärten beginnt. Darum sollte die Protokollbemerkung weiterhin überwiesen werden und der Stadt der Auftrag erteilt werden, nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Anforderung des sommerlichen Wärmeschutzes ohne die Kühlung erreicht werden kann.

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion hat sich an der Sitzung der Baukommission der Stimme enthalten, weil damals schlichtweg nicht ersichtlich war, ob es nötig ist oder nicht. Jetzt wird erzählt, es sei nötig. Soll jetzt das ganze Projekt geändert werden, und das als Mangel hingenommen werden? Der Mangel besteht ja auch ohne die Protokollbemerkung und wer sich an die Kühlungsprobleme beim Uni-Neubau erinnert, möchte das halt vielleicht nicht. Egal welche Zeichen durch dieses Verhalten ausgesendet werden.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Manchmal wäre es schön, wenn die Fachleute auch ein Mikrofon hätten, vor allem wenn Sachen diskutiert werden, welche nicht der Realität entsprechen. Es geht nicht um das Kühlen eines Kindergartens, es geht um die Wärmerückgewinnung im Sommer. Die Kühlung ist so gesehen nur ein Nebenprodukt. Auch in der Stadt gibt es Fachleute, welche sehr kritisch sind. Die wissen auch was Sache ist. Es ist das politische Credo, ein Gebot der Stunde, welches hier in diesem Raum beschlossen wurde und übrigens auch vom Stimmvolk bestätigt wurde. Die Bildungsdirektorin findet es schwierig, wenn man sich in diesem Gremium in technische Einzelheiten verliert, und sie wäre froh, wenn solche Sachen wirklich in den Kommissionen detailliert besprochen würden. Sie fühlt sich verunsichert durch die Äusserungen von Grossstadtrat Dommann. Herr Beat Heynen von der Baudirektion hat sie aufgeklärt: Kühlen ist wirklich nur ein Nebenprodukt. Es geht nicht darum, jetzt plötzlich Kindergärten zu kühlen.

Jules Gut als Antwort an Stadträtin Ursula Stämmer-Horst: Es ist sehr erfreulich, dass sich die Bildungsdirektorin so sehr für die Kühlung einsetzt. Das Thema wurde in der Baukommission diskutiert und die Baukommission hat beschlossen, keine Kühlung. Also wird abgestimmt, Kühlung ja oder nein?

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst möchte nur erwähnt haben, dass die Kühlung ein Nebenprodukt ist. Sie setzt sich für das ein, was in der Verwaltung mit verschiedenen Leuten entwickelt wurde. Als Politikerin ist es auch ihr Recht, darauf aufmerksam machen zu können, dass solche Sachen in den Kommissionen ausdiskutiert werden sollen.

Korintha Bärtsch: Auch wenn das Kühlen ein Nebenprodukt ist, ist es doch so, dass es Energie braucht, um die Wärme zu speichern. Das ist das was stört, und deshalb wird es abgelehnt.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Laut Protokoll wurde das Thema in der Kommission ausgiebig diskutiert. Sie lässt über die Protokollbemerkung abstimmen.

Die Protokollbemerkung wird überwiesen.

Zu Kapitel 6 Baukosten, Seite 37

Jules Gut möchte auf das Eintretensvotum der CVP-Fraktion zurückkommen. Auch aus Sicht der GLP sind Kostensteigerungen nie etwas Schönes und es ist selbstverständlich, dass niemand mit Freuden Mehrkosten entgegennimmt. Und klar ist nicht nur die CVP besorgt, wenn die Kosten eine derartige Steigerung erfahren. Wenn dann aber der CVP-Sprecher der Bau-
direktion unterstellt, dass das Kostensteigern System hat, ist das für die GLP ein etwas gar „starker Tabak“. Deshalb würde man aber auch gerne mehr wissen von den Vertretern der CVP, ob es denn wirklich ernst gemeint ist, oder nur eine pauschalisierende populistische Aussage. Gleichzeitig möchte die GLP der Familienpartei CVP noch sagen, dass eine Schulhaus-
sanierung nach 65 Jahren für 19 Millionen Franken kein Luxus bedeutet.

Zu Kapitel 6.2.4 Neubau, Seite 41

Urs Zimmermann: Wie bereits im Eintreten erwähnt, sieht die SVP die Photovoltaik-Anlage auf diesem Turnhallendach nicht. Es handelt sich um einen sehr hohen Investitionsposten. Er betont nochmals, dass das nur geschieht, um das Label zu erreichen. Deshalb stellt die SVP den Antrag zur Streichung der Photovoltaik-Anlage im Betrag von 335'000 Franken, inklusive Mehrwertsteuer.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Beträge werden so diskutiert, wie sie im B+A ausgewiesen sind, inklusive Mehrwertsteuer.

Markus Mächler lässt die Worte von Jules Gut so stehen. Er kann dann im Protokoll nachlesen, welche Beweggründe den Sprechenden zu dieser Aussage führten. Er nimmt Stellung zur Photovoltaik-Anlage: Die CVP-Fraktion, das wurde schon erwähnt, kann die hohen Kosten für diese Anlage nicht verstehen und angesichts der heutigen Situation in der Stadtkasse nicht verantworten. Der Markt ist in dieser Technologie in rasender Bewegung. Die Produkte werden besser und die Preise sind am Sinken. Die CVP beantragt, alle Planungen für eine spätere Installation dieser Anlage abzuschliessen und die Vorbereitungen dazu zu treffen, den definitiven Entscheid zur Bestellung und Montage erst dann zu fällen, wenn erstens klar ist, ob im Rahmen der Baukosten noch Reserven bestehen oder aber abzuwarten, bis es der Stadtkasse wieder besser geht. Die Photovoltaik-Anlage wird dadurch kostengünstiger. Aus Sicht der CVP ein zwar nicht gesuchter, aber ein angenehmer Nebeneffekt. In diesem Sinn unterstützt die CVP den Antrag der SVP, allerdings nicht mit der gleichen Zielsetzung, das möchte die CVP festgehalten haben. Die Photovoltaik-Anlage wird mit Sicherheit sinnvoll sein, nur wollen wir sie uns dann leisten, wenn wir sie uns auch leisten können.

Korintha Bärtsch: Sie hört, „wenn wir es uns dann leisten können“. Es weiss ja niemand, wann die Finanzen so aussehen, dass die CVP dann doch zustimmen wird. Als Antwort an Urs Zimmermann erwidert sie, die G/JG-Fraktion will die Photovoltaik-Anlage nicht, weil wegen die-

ser Anlage das Minergie-A Eco-Label erreicht wird. Die Grünen/Jungen Grünen wollen die Photovoltaik-Anlage, damit erneuerbarer Strom produziert werden kann und mit einer dezentralen Stromversorgung auf das Ziel, den Atomausstieg zu erreichen, hinzuwirken. Baudirektorin Manuela Jost sagte es sehr treffend. Man muss jetzt beginnen und nicht warten und warten, bis dann endlich wieder genug Geld in der Stadtkasse ist. Dieser Schritt muss jetzt gemacht werden, wenn man jetzt nicht beginnt, wird überhaupt nie angefangen.

Jules Gut hat etwas recherchiert und festgestellt, dass beim B+A aus dem Jahr 2000 beim Schulhaus Wartegg die solarthermische Anlage aus Kostengründen gestrichen wurde. Das war vor zwölf Jahren. Vielleicht ist man in der Zwischenzeit um zwölf Jahre klüger geworden.

Rieska Dommann: Natürlich kann man noch viele Jahre Leerrohre installieren an die Flachdächer, in der Meinung, man hat dann irgendeinmal Geld genug, um überall auf die Flachdächer Photovoltaik-Anlagen zu bauen. Das ist auch eine Variante. Man kann auch zur Kenntnis nehmen, dass im Energiereglement der Stadt Luzern, welches von den Stimmbürgern unterstützt wurde, das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft und der Atomausstieg festgehalten sind. Jetzt kann man die Hände in die Hosensäcke nehmen und warten, bis 50 Jahre vorbei sind und dann schauen, was passiert ist. Oder man kann auch einen kleinen Beitrag leisten, die Anlage zu bauen. Es ist dem Sprechenden ein Anliegen, das Label zu verteidigen. Ein Label hat nicht nur Vorteile, sondern sicher auch Nachteile. Aber es gibt wichtige Vorteile, zum Beispiel in der Kommunikation. Die Stimmbürger wissen, was gebaut wird. Minergie ist ein Label, das der Stimmbürger kennt. Ein Kühlschrank hat auch ein Label. Bei den Gebäuden kommen die Klassen erst noch, aber im Moment hat man diese Labels und dem Stimmbürger kann gesagt werden, für was Geld investiert wird und für welchen Standard. Das ist in der Kommunikation ein Vorteil, auch für die Politiker. Wenn das Parlament Minergie-A beschliesst, ist die Verwaltung und der Stadtrat verpflichtet, Minergie-A zu bauen. Es kann am Schluss kontrolliert werden, man weiss was gebaut wird. Wenn das Parlament nun beschliesst, man macht irgendetwas, wird Tür und Tor geöffnet. Dann hat die Verwaltung die Möglichkeit, hier etwas zu streichen, da etwas wegzulassen, und keiner der hier Anwesenden realisiert es.

András Özvegyi: Man kann eine Diskussionsform unterteilen in kurzfristiges oder langfristiges Denken. Langfristig muss man sehen, dass der Energiepreis steigen wird. An die CVP meint er, dass die CVP-Bundesrätin sich immer auf langfristiges Denken einschiesst. Es ist deshalb nicht verständlich ist, wie sich die CVP hier ankündigt. Sollte die CVP nicht einlenken, empfiehlt er, die Begriffe „Nachhaltigkeit“ und „Einstehen für erneuerbare Energie“ auf der Homepage der Partei zu entfernen.

Nico van der Heiden dankt Rieska Dommann für das sehr klare Votum, welches von der SP/JUSO-Fraktion unterstützt wird. Tatsächlich kann man noch lange auf die Energiewende warten. Irgendeinmal hat sie einem vielleicht überholt, und dann ist es vielleicht zu spät. Er würde gerne noch einen weiteren Vorteil dieses Labels an die gute Liste anhängen, welcher

unter Punkt 6.8, Förderbeiträge, erwähnt ist. Beim Gebäudestandard Minergie-A-Eco wird vom Kanton Luzern ein Förderbeitrag von zirka 85'000 Franken ausgelöst, was die Stadt sicher gerne entgegennimmt.

Roger Sonderegger fühlt sich angesprochen von András Özvegyi. Er hat kurz nachgerechnet, wegen der Photovoltaik-Anlage. Er baut selber in der Genossenschaft und privat Photovoltaik-Anlagen. Er kommt auf 120'000 Franken Investitionssumme. Niemand hat je nachgefragt, wegen der Kosten, welche aus seiner Sicht im B+A massiv zu hoch sind. Und zweitens, warum muss die Stadt Luzern Kraftwerke bauen? Das mit dem Label Minergie-A kann er noch verstehen, aber wenn man alle anderen Flachdächer, welche heute auch schon zur Sprache kamen, einbezieht, stellt sich die Frage im Zusammenhang mit dem Solarkataster. Warum muss die Stadt Luzern mit dem strapazierten Budget das bezahlen? Der Bund zahlt mit dem KEF daran, es gibt den Städtischen Energiefonds. Alle Organisationen in der Stadt Luzern, ausser der Stadt Luzern selber, können davon profitieren. Man stellt sich da selber das Bein. Er erlaubt sich die Anmerkung, dass man keine Förderbeiträge bekommt, obwohl man selber einen Fonds hat, von dem die Stadt aber nicht profitieren kann. Photovoltaik ja, aber nicht unbedingt zu jedem Preis, und nicht unter jeder Voraussetzung.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es wird nun abgestimmt über die Photovoltaik-Anlage auf Seite 41, Kapitel 6.2.4. Der Kostenpunkt beträgt 310'000 Franken.

Abstimmung: Der Rat stimmt der Photovoltaik-Anlage zu, wie vom Stadtrat im B+A38/2102 vorgeschlagen.

Zu Kapitel 6.3.1 Wärmeerzeugung Eigenfinanzierung, Seite 41

Baukommissionspräsident Daniel Wettstein: Die Baukommission bringt folgende Protokollbemerkung ein:

Die Wärmeerzeugung wird durch die Stadt eigenfinanziert und unterhalten.

Die Baukommission hat der Protokollbemerkung mit 6:0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer ergänzt, dass das keine Protokollbemerkung ist, sondern ein Antrag, der eine Kostenfolge von 451'000 Franken nach sich zieht.

Markus Mächler: Die CVP-Fraktion könnte sich gut vorstellen, diesen Antrag, wenn es denn einer ist, abzulehnen. Die CVP ist der Meinung, dass ein Contractor diese Anlage betreiben

sollte. Die Argumente wurden schon genannt. Ganz kurz nochmals: Man hat dann Gewähr, dass Fachpersonen dieses Contractors den Unterhalt und den Betrieb sicherstellen. Der wird dann interessiert sein, dass die Anlage optimal läuft und wenig Kosten verursacht. Wenn die Stadt das selber macht mit den Hauswarten, besteht immer irgendwo ein latentes Risiko, weil der Hauswart eben kein Fachmann ist und die Anlage vielleicht nicht optimal läuft. Solche Erfahrungen hat die Stadt ja leider auch schon machen müssen. Und wenn das dann langfristig tatsächlich etwas teurer wird mit dem ewl als Contractor, wäre es aus Sicht der CVP kein Unglück. Das ewl ist andernorts auch schon engagiert, und letztlich ist das ewl eine städtische Unternehmung.

Jules Gut dankt der FDP für die Unterstützung der Photovoltaik-Anlage. Die GLP wird den Antrag der FDP unterstützen für die Eigenfinanzierung der Wärmeerzeugung.

Franziska Bitzi Staub: Das ist natürlich eine Erhöhung des Sonderkredits von 451'000 Franken, welche noch dazu kommt. Es ist also ein Antrag, nicht eine Protokollbemerkung. Das heisst, der Kredit wird um den Betrag aufgestockt. Das andere ist, wenn man selber eine Anlage baut, und Profis übernehmen die Wartung, ist das Contracting ähnlich wie beim Leasing eines Kopiergerätes, oder einer komplexen Anlage. Das ist heute üblich, man hat damit den ganzen Service inklusive, auch bei Pannen. Selbst ein sehr guter Hauswart ist für den normalen Unterhalt sicher zuständig, aber bei Pannen muss man nachher externe Unterstützung anfordern. Das Contracting würde helfen, die Kosten kalkulierbar zu machen über eine längere Zeit. Auch wenn die Kosten über alles gerechnet etwas höher sind, als wenn man sie selber gebaut hätte. Wenn man hier zustimmt, müssen die 451'000 Franken bewilligt werden.

Rieska Dommann: dankt der CVP-Fraktion für den Hinweis. Auch die FDP-Fraktion hat das so verstanden, dass der Baukredit entsprechend erhöht werden muss. Für den Sprechenden ist klar, ein Haus hat eine Heizung, die Heizung gehört dazu, deshalb wird sie auch gebaut und selber finanziert. Mit der vorgeschlagenen Finanzierung der Heizung durch einen Contractor kann selbstverständlich das Investitionsbudget kurzfristig entlastet werden, allerdings zum Preis von höheren Betriebskosten, was dann langfristig das Budget der Stadt Luzern wieder belastet. Bei komplexen Anlagen, da hat Markus Mächler Recht, macht es Sinn, die Heizung durch einen Contractor erstellen zu lassen und damit auch die professionelle Betreuung und den Unterhalt der Anlage zu sichern. Es ist nicht eine komplexe Anlage, das kann vom Preis her gar nicht sein. Es ist eine relativ einfache Anlage, und man hat nach eingehenden Diskussionen versichert, dass die Stadt Luzern in der Lage ist, die Anlage selber zu betreiben. Sonst hätte die Baukommission den Antrag nicht gestellt. Wenn man aber einen Contractor hat, welcher die Anlage finanziert, bezahlt die Stadt über den Energiepreis die Verzinsung des eingesetzten Kapitals, die Amortisation, die Risiken, den Gewinn, und selbstverständlich den notwendigen Unterhalt. Ein Contractor macht die Kalkulation so, dass die Rechnung für ihn aufgeht und nicht für die Stadt Luzern. Ob das dann das ewl ist, weiss man nicht. Es kann dann irgendein Contractor sein, der mit der Stadt Luzern ein Geschäft macht. Das will die CVP nicht: Eine Heizung gehört zum Haus, also bauen wir sie.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es wird abgestimmt über den Antrag der Baukommission. Bei Zustimmung wird der Betrag von 451'000 Franken auf Seite 43, unter Empfehlung Optionen „Wärmeerzeugung Eigenfinanzierung“, eingesetzt.

Der Antrag der Baukommission „Die Wärmeerzeugung wird durch die Stadt eigenfinanziert und unterhalten.“ wird einstimmig gutgeheissen.

Zu Kapitel 6.3.4 Kontrollierte Lüftung Sanierung, Seite 42

Urs Zimmermann: Wie bereits im Eintreten festgehalten, stellt die SVP den Antrag zur Streichung der kontrollierten Raumlüftung. Für die SVP sind die Investitionskosten in keinem Verhältnis, für das, dass man während vier Monaten im Winter die Fenster nicht öffnen sollte, wenn die Heizung läuft, und somit die Wärmeenergie aus dem Fenster entweicht. Der Betrag von 751'000 Franken ist sehr hoch und man sieht den effektiven Nutzen nicht. Natürlich wäre die Luftqualität dann logischerweise während des ganzen Unterrichts optimal. Aber man hat es schon am Anfang gehört: Im Moment ist in der Stadt Sparen angesagt.

Ivo Durrer: Die FDP stellt den gleichen Antrag, sie kann auf eine kontrollierte Lüftung ebenfalls verzichten. Mit ihrer Begründung hat die SVP schon alles gesagt. Es ist zumutbar für Kinder und für die Lehrer, dass man hier und da die Fenster öffnet. Das war in den letzten 60 Jahren auch so gewesen.

Markus Mächler: Die CVP unterstützt den Antrag auf den Verzicht der Lüftung. Der Sprechende hat es im Eintreten schon ausgeführt. Es braucht keine Lüftungsanlage, die eigentlich nur in den kalten Wintermonaten einen Nutzen bringt. Es braucht keine Lüftung, die überdies das ganze Jahr Strom frisst und einen Unterhalt benötigt. Wichtig ist für die CVP ein optimal wärmegeprägtes Gebäude, das genügen wird. Die CVP will wenig Primärenergie verbrauchen, und die Lüftungsanlage braucht dann eben diese Energie. Man beachte bitte auch, dass Schulzimmer in einer Primarschule täglich vielleicht etwa sechs Stunden belegt sind, und achtzehn Stunden dann logischerweise leer stehen. Bautechnisch besteht überhaupt kein Risiko, und dass die Luftqualität messbar möglicherweise etwas schlechter wird nach 45 Minuten Unterricht, das mag zutreffen. Der Sprechende geht davon aus, dass alle irgendwie in Schulhäusern gross geworden sind und geschadet hat es eigentlich niemandem. Er fragt sich einfach, was dann los ist in Schulhäusern, die heute keine Lüftung haben. Müssen nun alle anderen Schulhäuser unbedingt möglichst rasch nachgerüstet werden, oder wird das jetzt gefährlich für Kinder und Lehrpersonen?

Rieska Dommann erinnert daran, dass er hier die Minderheit der FDP-Fraktion vertritt. Es möchte sich aber trotzdem für die kontrollierte Lüftung einsetzen. Bereits im Jahr 2005 zeigte eine Studie zur Luftqualität in Schulzimmern klar, dass die Raumluftqualität in Schulräumen mit mechanischer Lüftung deutlich besser ist, als in Räumen mit üblicher Fensterlüftung. Zu-

dem hat die Studie belegt, dass es in dichten Gebäudehüllen mit stark belegten Räumen auch mit regelmässigem Öffnen der Fenster in den Pausen allein nicht ausreicht und die genügende Luftqualität nicht sichergestellt werden kann. Während eines Grossteils der Unterrichtszeit wurde eine doppelt so hohe CO_2 -Konzentration gemessen, als in den Normvorgaben verlangt ist. Abhilfe schaffen könnten grössere Fenster, was hier nicht möglich ist. Lüften mit Durchzug bedingt Fenster an beiden Fassaden, was ebenfalls nicht möglich ist. Das zusätzliche Lüften während des Unterrichts, das wissen alle, ist nicht praktikabel. Die Argumentation, dass das in vielen Schulhäusern der Stadt Luzern auch so ist, macht die Situation auch nicht besser. Und der Hinweis, dass es früher schon so gewesen sei, ist in diesem Sinne natürlich nicht korrekt. Früher hatte man luftundichte Fenster, also fand in den Klassenzimmern ein natürlicher Luftwechsel statt. Heute hat man luftdichte Fenster, also auch den Luftwechsel während des Unterrichts nicht mehr.

Die Messungen in sechs neuen Schulhäusern zeigten, dass bei Schulhäusern ohne mechanische Lüftung eine viel zu hohe CO_2 -Konzentration während des Unterrichts besteht, und das trotz regelmässigem Lüften während den Pausen. Das Wohlbefinden der Schüler leidet, und was viel schlimmer ist, die Konzentrationsfähigkeit wird stark beeinträchtigt. Eine mechanische Lüftung hat dank der Wärmerückgewinnung aber auch das Potenzial, wertvolle Energie zu sparen. Und sie spart selbstverständlich mehr Energie, als sie Strom benötigt für den Betrieb. Wie vorher beschrieben, muss in einem Klassenzimmer überdurchschnittlich häufig gelüftet werden. Dabei geht auch jedes Mal wertvolle Wärme und damit Energie verloren. Bei schützenswerten Objekten, wie hier, ist es die Herausforderung, ein optimal energetisches Konzept zu finden. In einem Standardgebäude wo eine Aussenwärmedämmung möglich ist, ist es einfacher. Bei einem Gebäude, das schützenswert ist, ist dies etwas anspruchsvoller. Im Fall des Schulhauses Felsberg heisst es, man könne – wegen der Denkmalpflege – an der Nordfassade keine Wärmedämmung erstellen. Niemand im Rat hat verlangt, man müsse die Nordfassade trotzdem wärmedämmen. Mit dieser Wärmedämmung hätte man den Energieverbrauch um rund einen Viertel senken können. Weil man jetzt die Wärmedämmung nicht machen will, oder machen muss, werden rund 700'000 Franken gespart, wie im B+A ausgewiesen. Die 700'000 Franken werden nun anders investiert, in diesem Fall in die Lüftung. Es gibt also nicht Mehrkosten, sondern ein Konzept, welches einerseits auf eine Wärmedämmung an der Nordfassade verzichtet, wie von der Denkmalpflege verlangt, und andererseits wird der gleiche Betrag eingesetzt in Energieeffizienz und in eine bessere Raumluftqualität für unsere Kinder. So stellt sich der Sprechende ein energieeffizientes Konzept vor. Genau deshalb votiert er für die mechanische Lüftung. Im Übrigen hat das Schulhaus Büttinen eine mechanische Lüftung, die Schulhäuser Maihof und Geissenstein erhalten ebenfalls eine mechanische Lüftung, was auch von diesem Rat beschlossen wurde.

Jules Gut: Auch die Fraktion der GLP will ein modernes Schulhaus. Es braucht gute Fenster, gute Luft in den Schulzimmern. Die GLP ist für sinnvolle Investitionen für das Felsberg-Schulhaus, und nicht zuletzt braucht die Schweiz auch kluge Köpfe in der Zukunft. In diesem Umbau, mit einer sehr dichten Gebäudehülle, ist es nicht mehr als gerechtfertigt, im Gegenzug auch eine gute Lüftung einzubauen. Er will nicht so schwarzreden wie der Vorredner der

CVP, es gibt vielleicht CO₂-Messgeräte, welche die Lüftung automatisch regulieren. Ein klein wenig Technik wird wohl schon benötigt, dass die Anlage nicht 24 Stunden in Betrieb ist. Das sind dann Raffinessen, welche sicher beachtet werden müssen.

Die GLP stimmt mit Überzeugung der geplanten Lüftungsanlage zu und hofft, dass eine Mehrheit des Rates ebenfalls dazu steht.

Baudirektorin Manuela Jost ist froh um das Votum von Rieska Dommann. Sie stellt sich die Frage auch, weshalb gerade im Felsberg-Schulhaus das nicht gemacht werden solle. Es wurde schon erwähnt, in den Schulhäusern Büttenen und Tribtschen sind die Lüftungen in den laufenden Sanierungen eingeplant, ebenso im Maihof und im Geissenstein. Und jetzt möchte sie wissen, warum nicht im Schulhaus Felsberg. Ist es rein eine Frage der Kosten, das wäre legitim, es wird teurer werden. Aber es ist eine Investition in die Zukunft. Die Messungen wurden jetzt in den laufenden Projekten Maihof und Geissenstein erstellt. Es ist effektiv so, dass jährlich ungefähr 3'000 Franken pro Jahr eingespart werden. Das ist der Mehrwert, welchen man auf der anderen Seite bekommt. Der CO₂-Ausstoss kann jährlich um zirka 17 Tonnen reduziert werden. Das ist nicht einfach nichts, wenn die Stadt Luzern die energetische Verantwortung wahrnehmen will in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft. Sie versteht nicht, wieso man ausgerechnet jetzt im Felsberg genau diesen Schritt nicht machen soll, wie bei den andern Grosssanierungen. Sie bittet den Rat für die Investition in die Zukunft, diesem Posten zuzustimmen.

Ivo Durrer glaubt die Antwort an Baudirektorin Manuela Jost zu wissen, wieso nicht. Die Stadt muss sparen, das ist ganz einfach. Den Stimmbürgern wurde versprochen, dass man sparen muss. Es sind 751'000 Franken, welche gespart werden können, welche für den Sprechenden und auch Andere reiner Luxus ist.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst zu Markus Mächler: Aus pädagogischer Sicht hat es wohl damit zu tun, dass die Zeit nicht mehr so ist, als wir noch Kinder waren. Die Gesellschaft muss lernen, dass man heute anders heizt und lüftet. Also wird auch anders gekühlt. Es gibt heute noch Leute, welche das ganze Jahr die Fenster über Nacht offen lassen, weil sie meinen, sie hätten nicht genügend Sauerstoff. So wird aus dem Fenster heraus geheizt. Es ist wirklich eine gesellschaftliche und auch erzieherische Frage, wie mit der Energie umgegangen wird. Deshalb ist richtig, dass eben solche Massnahmen ergriffen werden und eine kontrollierte Lüftung gebaut wird, abgesehen von den bautechnischen Fragen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es wird abgestimmt, den Betrag von 751'000 Franken für „Kontrollierte Lüftung“, auf Seite 43, im B+A zu belassen. Die Stimmen werden ausgezählt:

Zustimmung	23
Ablehnung	21
Enthaltungen	2

Die kontrollierte Lüftung wird vom Rat genehmigt.

Zu Kapitel 6.3.5 Kunst am Bau, Seite 43

Baukommissionspräsident Daniel Wettstein: Kunst am Bau wurde in der Baukommission diskutiert. Die Argumente wurden bereits im Eintreten erwähnt. Der Sprechende erlebte das erste Mal, dass er den Stichentscheid zu fällen hatte. Die Abstimmung in der Kommission endete 4:4 bei einer Enthaltung.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer lässt über „Kunst am Bau“ abstimmen, im Betrag von 82'000 Franken, auf Seite 43. Die Auszählung ergibt folgendes Resultat:

Zustimmung	20
Ablehnung	21
Enthaltungen	5

Der Rat lehnt den Betrag von 82'000 Franken für Kunst am Bau ab.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer gibt die neue Kreditsumme zum Beschlussesentwurf auf Seite 49 bekannt:

Ziffer I

Der Betrag von 18,6 Millionen Franken verändert sich.

Hinzu kommen die Kosten für Wärmeerzeugung Eigenfinanzierung: 451'000 Franken.

Gestrichen wird Kunst am Bau: 82'000 Franken.

Das ergibt den Betrag von 18,969 Millionen Franken, über den abgestimmt wird.

Markus Mächler: Es ist dem Sprechenden ein Anliegen, sich nochmals zu melden. Gegen vielleicht pragmatisch anders aufgestellte Fraktionen im Rat wird die CVP dem Antrag zustimmen. Die CVP nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt jetzt ein Weihnachtsgeschenk erhält, das sie sich eigentlich gar nicht leisten kann. Die Fraktion bestreitet nicht, dass die Zusätze – gegen den Willen der CVP beschlossen – auch sinnvoll sein können. Wichtig ist der CVP, wie schon im Eintreten erwähnt, dass das Schulhaus jetzt saniert wird. Deswegen wird die CVP zustimmen.

Dominik Durrer möchte kurz auf die Voten und die Ratsdebatte reagieren. Er findet, die Konsequenz aus dem Abstimmungssontag ist nicht, dass das Parlament jetzt mit einer symbolischen Sparpolitik auf die wichtigen anstehenden Investitionen losgeht und sich an diesen abregiert. Die Stadtbevölkerung hat ein klares Zeichen gesetzt, sie will eine verantwortungsvolle Politik. Sie hat auch nicht gesagt, dass bei den Investitionen jetzt irgendwo einfach mit dem Rasenmäher darüber gefahren werden muss, und Massnahmen heruntergefahren werden müssen. Die heutige Debatte hat klar gezeigt, es ist keine Links-Mehrheit, welche irgend

ein Luxusweihnachtsprojekt beschlossen hat, sondern es ist eine Mehrheit von vernünftigen, pragmatischen Kräften, die mit hoher Fachkompetenz Entscheide gefällt hat, welche nachher den Stimmberechtigten vorlegt werden können.

Franziska Bitzi Staub hat sich für das Budget 2013-2017 und die Steuererhöhung eingesetzt. Auf der Strasse musste sie vielfach hören, dass die Bevölkerung es nicht versteht, dass sich der Staat solche Luxusbauobjekte leistet. Häufig wurde auch der Strassenbau erwähnt, ebenso die Hochbauprojekte. Wenn ein privater Bauherr knapp bei Kasse ist, kann er sich nicht jegliche energetische Sanierungen leisten. Die Sprechende ist auch für Nachhaltigkeit und auch nicht gegen die Photovoltaik-Anlage. Vielmehr ist es das momentane finanzielle Problem der Stadt Luzern. Wenn man mit ursprünglich 15 Millionen Franken plant und jetzt auf 20 Millionen kommt, ist das keine Kleinigkeit.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst ist erstaunt, dass das Thema Kunst am Bau keine Diskussion mehr ausgelöst hat. Es war vorgesehen, dass ein Teil der Kosten an die Kunst am Bau eingesetzt werden, in diesem Fall bescheidene 82'000 Franken. Sie hat Verständnis, dass die Kostenentwicklung ausgiebig diskutiert wurde. Es wäre aber auch eine Art Wertschätzung gegenüber einer Leistung, welche etwas mehr Auseinandersetzung erfordert über das, was gefällt und nicht gefällt. Im Rückblick auf die letzten Wochen sieht sie, wie sich gerade Kräfte aus Kunst und Kultur dafür eingesetzt haben, dass Luzern eine Stadt ist, welche nicht nur Leistungen erbringt, welche gesetzlich verankert sind. Das Leben besteht nicht nur aus Gesetzen, sondern auch aus Dingen, welche der Seele gut tun und auch Auseinandersetzungen herausfordern können. Die diskussionslose Ablehnung des Kredits ist für sie etwas beschämend.

Jules Gut beruhigt die Bildungsdirektorin: Es wurde in der Baukommission eingehend diskutiert. Es ist nicht irgendein Votum gegen Kunst am Bau, sondern die Mehrheit hat festgestellt, dass das Schulhaus Felsberg selber Kunst ist. Die Gesamtsanierung legt Wert darauf, die Brunnen und das Wasser in den Vordergrund zu rücken und den ursprünglichen künstlerischen Ausdruck der Architektur wieder zur Geltung zu bringen. Das sind ja auch bereits Investitionen in die Kunst am Bau. Der Sprechende ist überzeugt, wenn ein neues Schulhaus auf der grünen Wiese erstellt werden müsste, wäre eine satte Mehrheit in diesem Rat bereit, in Kunst am Bau zu investieren. Zurückkommend auf das Votum von Franziska Bitzi Staub könnte man vielleicht der Stadtbevölkerung erklären, dass zum Beispiel auch der Südzubringer viele Millionen verschlingt. Dieses Projekt könnte man ja auch einmal in Frage stellen. Die Bevölkerungsumfrage sagt aus, dass die Stadtbevölkerung etwas anderes möchte. Auf die Argumente, gegenseitig Kosten hin und her zu spielen, wurde versucht, gelassen zu reagieren. Nun weist aber die CVP dermassen auf die Tragik der Kosten hin. Die Investitionskosten sind das eine, aber dass der Haushalt eine schwarze oder rote Null hat, ist ebenso wichtig. Aber jetzt in einem fixfertigen, gut durchdachten Projekt irgendwo zu streichen, das will die GLP nicht. Es schmerzt, wenn der Staat zu kürzen beginnt und die Unternehmer nicht mehr von den Investitionen profitieren können.

Nico van der Heiden: Die Argumente für und gegen Kunst am Bau liegen auf dem Tisch. Die müssen nicht wiederholt werden. Der Sprechende nimmt zur Kenntnis, dass man offenbar ein Zeichen setzen möchte zum Abstimmungsergebnis, welches offensichtlich unterschiedlich interpretiert wird. Er stellt den Antrag, 40'000 Franken für Kunst am Bau in den Kredit aufzunehmen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer hält fest, dass über das Geschäft schon entschieden ist. Wenn noch lange diskutiert werden sollte, müsste aus dem Rat ein Rückkommensantrag gestellt werden.

Korintha Bärtsch als Antwort auf das Votum von Franziska Bitzi Staub: Sie weiss auch, dass man haushälterisch umzugehen hat mit dem Geld. Im Moment ist es sicher schwierig, aber wenn man diese Investitionen nicht jetzt macht, und behauptet, dass man auf mehrere Jahre betrachtet, weniger Geld investiert, stimmt das auch nicht. Es ist eine rein betriebswirtschaftliche Optik, wie man die Bilanz nach diesem Jahr abschliesst. Das macht die Energiepolitik im Links-Rechts-Schema besonders schwierig. Grundsätzlich müssten die volkswirtschaftlichen Kosten betrachtet werden.

Thomas Gmür: Vor rund zehn Minuten hat die Ratspräsidentin gesagt, es wird nun abgestimmt und jetzt beginnt die Diskussion wieder von vorne.

Er stellt einen Ordnungsantrag, dass die Diskussion beendet wird und über den Gesamt-sanierungskredit abgestimmt wird.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es wird abgestimmt über den Ordnungsantrag.

Dem Ordnungsantrag von Thomas Gmür wird mit 27 Stimmen stattgegeben.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer lässt über die Gesamtsanierung des Schulhauses Felsberg mit der neuen Kreditsumme von 18,969 Millionen Franken abstimmen.

Ziffer I

Zustimmung	37
Ablehnung	5
Enthaltungen	4

Der Rat stimmt dem Sanierungskredit von 18,969 Millionen Franken zu.

Ziffer II

Volksmotion 90, Christoph Merlo Daniel Ess, Hans Durrer und Mitunterzeichner/innen vom 13. Juli 2010:

„Ausarbeitung Projekt Schulhausanlage Felsberg mit Erhalt der Mammutbäume“

Die Abschreibung der Motion 90 wird mehrheitlich gutgeheissen.

Ziffer III

Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 38 vom 31. Oktober 2012 betreffend

Schulanlage Felsberg

Gesamtsanierung und Ausbau: Ausführungskredit,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1, Art. 67 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 87 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für die Gesamtsanierung und den Ausbau der Schulanlage Felsberg wird ein Kredit von 18,969 Millionen Franken bewilligt.

II. In eigener Kompetenz:

Die Volksmotion 90, Christoph Merlo, Daniel Ess, Hans Durrer und Mitunterzeichner/innen vom 13. Juli 2010: „Ausarbeitung Projekt Schulhausanlage Felsberg mit Erhalt der Mammutbäume“, wird als erledigt abgeschrieben.

III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem obligatorischen Referendum.

3. Bericht und Antrag 39/2012 vom 31. Oktober 2012: Schulraumbedarf Stadtteil Littau. Neubau Betreuung Fluhmühle: Projektierungs- und Baukredit

Eintreten

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg: Die Bildungskommission hat am 29. November 2012 den B+A 39/2012 Neubau Betreuung im Schulhaus Fluhmühle behandelt und empfiehlt dem Grossen Stadtrat das Vorhaben einstimmig zur Bewilligung. Dabei geht es um die Aufstockung des bestehenden Turnhallengebäudes und den Einbau eines Liftes. Der damit gewonnene Schulraum dient zur Umsetzung der additiven Tagesschule. Das Vorhaben wurde in der Kommission kontrovers und intensiv diskutiert. Vor allem, weil für das Jahr 2017 eine Gesamtsanierung geplant ist. Ein Antrag auf Aufschiebung bis zur Sanierung wurde gestellt. In der Ansicht, es wäre besser, die Aufstockung und den Lifteinbau mit der Gesamtsanierung zusammen umzusetzen. Auch in Anbetracht der Behinderung des Schulunterrichts, wegen des Lärms während der Bauphase, hatte man das Gefühl, man sollte das zusammennehmen. Nach intensiven Diskussionen und Aufzeigung der Vorteile durch die gestaffelte

Realisierung wurde der Antrag zurückgezogen, mit einstimmigem Einverständnis der Bildungskommission. Das, weil die Dachsanierung der Turnhalle dringend notwendig ist, und sich der Baubeginn bis zur Sanierung erfahrungsgemäss noch um ein paar Jahre verzögern könnte. Dadurch können der neue Lift und die zusätzlichen Räume während der Gesamtsanierung ebenfalls sehr gut genutzt werden. Die Bildungskommission stimmt dem B+A 39/2012 einstimmig zu und empfiehlt dem Grossen Stadtrat, ohne eigene Anträge, die Zustimmung.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion tritt auf diesen B+A ein.

Auch in der FDP-Fraktion stösst dieser B+A auf sehr viel Wohlwollen. Es ist unbestritten, dass Betreuungsplätze auch in diesem Schulhaus dringend geschaffen werden müssen. Betreuungsplätze können bis heute vom Schulhaus Fluhmühle keine angeboten werden. Statt ein freistehendes, neues Gebäude zu erstellen, kann hier durch den Turnhallenaufbau verdichtetes Bauen realisiert werden.

Wieso jetzt ausbauen und nicht mit der bevorstehenden Gesamtsanierung des Schulhauses? Die Argumente sind für die FDP nachvollziehbar. Der Nutzen der zusätzlichen neuen Räume für die Betreuungsplätze steht im Vordergrund, welche bereits gestern zur Verfügung hätten stehen sollen und nicht erst morgen. Das zusätzlich gewonnene Raumangebot kann während der Gesamtsanierung ebenfalls mitgenutzt werden.

Der Lifteinbau wäre auch erst später vollzogen worden. Mit dem Lifteinbau können die zurzeit kaum genutzten Räume im 1. und 2. UG besser erreicht und genutzt werden. Das sind rund 360 m², welche dadurch besser bewirtschaftet werden können. Also eine riesige Hilfe bei

den späteren Bauarbeiten. Die dringende Sanierung des Turnhallendachs kann so ebenfalls umgangen werden. Die Erfahrung zeigt, dass Bauvorhaben in der Grösse eines Schulhauses von der Planungsphase bis zur Realisierung oft mehrere Jahre in Verzug sind. Das ist der Hauptgrund, dass der Zeitpunkt jetzt richtig ist. Aber die Mehrkosten von rund 600'000 Franken gaben auch in der FDP zu reden. So ist für die Verstärkung der Statik ein Plus von 69'000 Franken veranschlagt. Dafür muss aber kein Land verbraucht werden und ist somit unter dem Strich ein Gewinn. Auch die Erdbebenstabilität der Turnhalle kostet jetzt 46'000 Franken mehr, sozusagen als Vorinvestition, welche später realisiert werden müsste. Die Sicherheit der Kinder muss wohl für Alle im Vordergrund stehen und ist sicher nicht bestritten.

Die Kosten für Minergie-P sind 100'000 Franken höher, um den Minergie-P-Eco zu erreichen, kommen noch 92'000 Franken dazu. Das ist der maximale Standard, welchen man heute verwirklichen kann. Klar, es ist eine grosse Investition, aber für die Zukunft, für die folgende Generation. Dadurch können aber die Betriebskosten pro Jahr immerhin um 3'000 Franken gesenkt werden. Die 285'000 Franken für den Lifteinbau stellen einen erheblichen Mehrwert für die gesamte Schulanlage dar.

Die FDP-Fraktion steht einstimmig hinter dem B+A für Schulraumbedarf Fluhmühle und wird dem Kredit von 2,185 Millionen Franken zustimmen.

René Meier: dankt vorerst den Verfassern für den sehr guten, kompakten und übersichtlichen Bericht.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist ein Betreuungsangebot im Fluhmühlequartier schon lange ein Anliegen. Bereits im Mai 2011 wurde dazu von Luzia Mumenthaler-Stofer ein entsprechender Vorstoss eingereicht. Bis jetzt scheiterte das Anliegen am Mangel geeigneter Räume. Darum ist die SP/JUSO sehr froh, dass der vorliegende B+A einen Weg aufzeigt, den dringend benötigten Raum zu beschaffen, um ein Betreuungsangebot einrichten zu können. Damit wird auch die Planung gemäss B+A 30/2012 „Tagesstrukturen in der Volksschule“ konkret umgesetzt, wo Betreuung Fluhmühle als prioritäre Massnahme für 2013 deklariert ist.

Das Gebiet Fluhmühle ist fast das einzige Quartier der Stadt Luzern ohne Betreuungsangebot. Aber gerade für die Bevölkerung dieses Quartieres ist ein Betreuungsangebot sehr wichtig. Der Bedarf ist sicher ausgewiesen, insbesondere weil für dieses Quartier ein steigendes Wachstum prognostiziert wird.

Die SP/JUSO beurteilt positiv, dass das Betreuungsangebot ins Schulhaus integriert werden kann. Das erlaubt flexible Nutzungen dieser Räume zwischen Schule und Betreuung und bringt dadurch auch Synergien. Das Angebot von 20 Tagesplätzen und die zusätzlichen zehn Mittagstische stellen eine gute Basis dar. Bei steigendem Bedarf ist – das wurde deutlich gemacht – später ein Ausbau durch innere Verdichtung möglich, was ebenfalls als sinnvoll gewertet wird. Das Raumangebot erscheint sehr zweckmässig, es ist kein Luxusbau, sondern eine kluge und kostengünstige Nutzung des knappen Raumes.

Die vorgeschlagene Lösung unterstützt auch die spätere Sanierung der Gesamtanlage durch vorgezogene Investitionen, zum Beispiel die Erdbebensicherung der Turnhalle, den Einbau der Liftanlage im eigentlichen Schultrakt. Ebenso die Vorbereitungen für eine Solaranlage, welche später bei der Sanierung der gesamten Heizungsanlage erstellt werden kann. Zudem erspart sie die sonst notwendige Dachsanierung der Turnhalle in der Grössenordnung von 100'000 Franken.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Mirjam Fries: Der Grosse Stadtrat hat mit dem B+A 30 „Tagesstrukturen in der Volksschule: Entwicklungen und Konsequenzen“ Ja gesagt zum Ausbau der ganztägigen Betreuung an den Schulen.

Die CVP ist überzeugt davon, dass es in der heutigen Gesellschaft zur Unterstützung der Familien Schulen mit Tagesstrukturen braucht. Im Schulhaus Fluhmühle gibt es im Moment kein Betreuungsangebot. Dieses sollte deshalb mit hoher Priorität umgesetzt werden. Je weniger unbetreute Kinder, umso höher sind die Chancengleichheit und die Bildungsmöglichkeiten. Das Projekt, welches der Stadtrat vorschlägt, macht nach Meinung der CVP absolut Sinn. In Gehdistanz konnte kein Mietobjekt gefunden werden. Darum muss gebaut werden. Und weil auf dem Areal keine Freiflächen und Raumreserven vorhanden sind, wird nun die Turnhalle aufgestockt mit einem einstöckigen Holzbau.

Durch die geplante Verbindung mit dem Schulhaus erreicht man freiwerdende Synergien. Die Räume, welche am Morgen nicht für die Betreuung gebraucht werden, können daher als Schulraum genutzt werden. Das betrifft ebenso die sanitären Einrichtungen wie auch die Putzräume. Und mit dem Einbau des Liftes schafft man neben der Behindertengerechtigkeit die Möglichkeit, später noch wertvollen Schulraum zu erschliessen. Die Vorbereitung der Photovoltaik-Anlage erachtet die CVP als sinnvoll.

All das findet die CVP – wie gesagt – sinnvoll. Einziger Wermutstropfen ist auch hier die Kostenexplosion, wie Sandra Felder-Estermann ebenfalls erwähnt hat. Auch hier gibt es eine Kostenüberschreitung gegenüber der ursprünglichen Planung, welche mit 1,5 Millionen Franken rechnete. Jetzt sind es 2,185 Millionen Franken. Es sind zwar Positionen hier, welche vorher nicht geplant waren. Aber es stört die CVP trotzdem, dass es eben teurer ist, als ursprünglich vorgesehen war.

Trotzdem wird die CVP dem B+A einstimmig zustimmen.

Pirmin Müller: Die SVP wollte ursprünglich einen Antrag auf Rückweisung stellen, und zwar aus dem Grund, weil man die bauliche Erweiterung zusammen mit der anstehenden Gesamtsanierung kombiniert haben wollte. In der Diskussion wurde dann klar, dass das marode Turnhallendach wirklich saniert werden muss. Und dass mit dieser Erweiterung die Investitionen in ein sinnvolles Gesamtpaket eingebracht werden können. Genau das gleiche ist es mit dem Lift. Der Lift unterstützt dann die Gesamtsanierung, und aus diesem Grund ist das Vor-

gehen, wie aufgezeigt, für die SVP absolut nachvollziehbar.

In den intensiven Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion hat sich die SVP entschlossen, mit einer Mehrheit dem B+A zuzustimmen.

Monika Senn Berger: Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen setzt sich schon lange für Tagesstrukturen ein und ist froh, dass der B+A für den Neubau Betreuung Fluhmühle nun vorliegt. Mit dem Holzbau auf dem Dach der Turnhalle wurde eine gute Lösung gefunden. Die Grünen/Jungen Grünen danken all jenen, die an der Erarbeitung beteiligt waren.

Für die G/JG-Fraktion ist klar, dass es keine zeitliche Verschiebung geben darf. Denn einmal mehr: Die Tagesstrukturen gehören zum Auftrag der Volksschule. Der Bedarf an entsprechenden Räumlichkeiten muss nicht weiter erläutert werden, weil er bereits im B+A 30 ausgewiesen und vom Parlament begutachtet wurde. Mit 20 Tagesplätzen plus zehn Plätze über Mittag wird das Grundangebot mit einem Deckungsgrad von 30 Prozent erreicht. Die Fraktion nimmt an, dass es – gerade in diesem Quartier – nicht lange gehen wird, bis dieses Angebot ausgeschöpft ist. Raum für Tagesstrukturen wird also weiterhin Thema bleiben. In Zukunft sollten aus Sicht der Grünen/Jungen Grünen bei der Schaffung von Tagesstrukturen vermehrt auch die quartierspezifischen Strukturen berücksichtigt werden, zum Beispiel bei der anstehenden Planung der Gesamtsanierung des Schulhauses.

Die Grünen/Jungen Grünen finden es gut, dass der Neubau mit der Dachsanierung der Turnhalle verbunden wird, die auf 2014 vorgesehen ist. Der Lift für den behindertengerechten Zugang ist für ein Tagesstruktur-Angebot eine wichtige Voraussetzung. Sinnvoll ist auch, dass dadurch die Nutzung von Räumlichkeiten in den Untergeschossen verbessert wird. Deshalb sind auch die Mehrkosten durchaus vertretbar.

Vorher wurde diskutiert über Photovoltaik. Photovoltaik-Anlagen auf Dächern müssen heute eine Selbstverständlichkeit sein. Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen bedauert es deshalb, dass hier wiederum nur die Anschlüsse angebracht werden und die Installation hinausgeschoben werden sollte. Die Begründung, dass diese Anlage im Zusammenhang mit dem Einsatz der Wärmeerzeugung für die ganze Schulanlage steht, ist einleuchtend. Erfreulich ist, dass auch auf dem Schulhausgebäude eine Photovoltaik-Anlage erstellt werden soll. Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen hofft, dass die Planung zur Erneuerung der Wärmeerzeugung so vorangetrieben wird, dass die Realisierung mit dem vorliegenden Projekt ausgeführt werden kann.

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen tritt auf den B+A ein und wird diesem zustimmen.

Myriam Barsuglia: Die Fraktion der Grünliberalen bedankt sich für den sehr gut ausgeführten Bericht und Antrag für schulergänzende Betreuung in der Fluhmühle. Es werden verschiedene Synergien und Gelegenheiten genutzt, um das angestrebte Angebot möglichst rasch und schlank an diesem Standort zu realisieren. Dass das Betreuungsangebot noch vor der anstehenden Gesamtsanierung in Angriff genommen wird, erscheint der GLP plausibel. Schliesslich wurde dem B+A 30/2012 für die generelle Ausweitung des schulergänzenden Betreuungsangebots innerhalb der nächsten fünf Jahre zugestimmt. Die Gesamtsanierung wird jedoch

nicht vor 2020 abgeschlossen sein. Mit dem vorliegenden Neubauprojekt wird nichts verbaut, sondern in die Gesamtsanierung vorinvestiert. Was die Mehrkosten gegenüber dem Vorschlag betrifft, so sind sie aus Sicht der Grünliberalen gut begründet. Insbesondere mit dem energetisch besseren Gebäudestandard, als auch durch den Einbau einer Liftanlage, welche ungenutztes Raumpotenzial erschliesst. Die zusätzlichen Massnahmen führen letztendlich zu Mehrwerten, die von der Fraktion begrüsst werden.

Trotzdem bleibt ein gewisses Aber. Es ist für die GLP zwar nachvollziehbar, dass die Dachfläche der Turnhalle zu klein ist für eine Photovoltaik-Anlage, die den Minergie-A-Standard ermöglichen würde und man deshalb auf eine stärkere Dämmung und den Minergie-P-Standard setzt. Die GLP legt jedoch bei der Gesamtsanierung grossen Wert darauf, dass die in Aussicht gestellte Photovoltaik-Anlage auch tatsächlich realisiert wird, um einen möglichst hohen Anteil des Energiebedarfs selber decken zu können.

Grundsätzlich tritt die GLP-Fraktion auf den B+A ein und wird ihm gemäss Antrag des Stadtrates zustimmen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst dankt dem Parlament für die konsequente Weiterführung des Entscheids. Sie freut sich sehr, dass die schulergänzende Betreuung nun auch in der Fluhmühle realisiert werden kann. Sie freut sich auch, dass es den Kommissionen gelungen ist, in den Diskussionen auch einen Teil der SVP zu überzeugen. Zu den Kostenüberschreitungen: Es wäre sicher gut, die Diskussion auch in der Baukommission wieder einmal zu führen. Das sind ja nicht Kostenüberschreitungen, welche das Geplante plötzlich viel teurer machen. Beispielsweise der Lifteinbau, welcher mit 285'000 Franken fast die Hälfte der Kostenüberschreitung ausmacht. Persönlich ist sie der Ansicht, dass es ehrlicher ist, lieber etwas mehr zu machen und das auch zu begründen. Oder eben im vorneherein höhere Kosten ansetzen und nachher so tun, als ob es nun plötzlich billiger wird. Sie dankt dem Rat ganz herzlich.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es liegt kein Rückweisungsantrag vor. Die Detailberatung erfolgt kapitelweise, ab Seite 9.

Detailberatung

Zu Kapitel 3, Seite 9–16

Joseph Schärli: Es wurde bereits im Eintreten erwähnt, dass geplant ist, die Gesamtsanierung im Jahr 2017 zu machen. Der Sprechende möchte wissen, in welcher Grössenordnung die ganze Sanierung in etwa zu stehen kommt, wenn jetzt bereits ein Teil davon investiert wird. Man muss doch sehen, dass zusätzliche Kosten anfallen für Gerüstbauten, Einbauinstallationen usw., wenn man dieses Vorhaben in zwei Schritten realisiert. Die Frage ist, welche allfälligen Kosten bereits mit berechnet wurden, wenn jetzt ein Teil realisiert wird. Er hätte gerne Auskunft über die Kostenberechnung, und über das, was nachher noch folgt.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hat sich kurz bei Baudirektorin Manuela Jost erkundigt. Es sind 7 Millionen Franken. Man muss natürlich sehen – und da hat Joseph Schärli Recht –, die Gerüste usw. müssen dann wieder neu erstellt werden. Aber der Bedarf der Betreuung ist dringend notwendig. Das ist man dem Stadtteil schuldig, und somit werden mit diesen Mehrkosten auch schon Investitionen vorgezogen. Also ist es vertretbar, dass die Gesamtsanierung dann erst später erfolgt, und nicht zugewartet wird mit der Errichtung der Betreuungseinrichtungen bis ins Jahr 2017.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Rat stimmt ab zum Beschlussesentwurf auf Seite 23. Die Stimmen müssen ausgezählt werden; sie bittet die Stimmenzählerin und den Stimmenzähler zum Auszählen.

Der Rat stimmt dem B+A39/2012, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, mit 36 Stimmen zu.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 39 vom 31. Oktober 2012 betreffend

**Schulraumbedarf Stadtteil Littau. Neubau Betreuung Fluhmühle:
Projektierungs- und Baukredit,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a. Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Umsetzung des Betreuungsangebotes in der Schulanlage Fluhmühle wird für den Neubau der zusätzlichen Schulraumflächen, die erforderlichen baulichen Massnahmen, die Möblierung sowie für den Einbau eines Aufzugs ein Kredit von Fr. 2'185'000.– bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

4. Bericht und Antrag 35/2012 vom 30. Oktober 2012: Verlängerung der Frist zur Behandlung der Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der B+A 35/2012 wurde in der Baukommission behandelt.

Eintreten

Baukommissionspräsident Daniel Wettstein: Die Baukommission hat der Fristverlängerung einstimmig zugestimmt. Hie und da tauchten Fragen zuhanden des UVS auf. Vor allem, ob man in dieser Frage dann in sechs Monaten etwas weiter sei.

Nico van der Heiden: Als Mitglied des Initiativkommittees stellt er fest, dass die Information des Stadtrates vorbildlich war. Er hat frühzeitig zu einer Sitzung eingeladen und die Gründe für die Verlängerung der Frist zur Behandlung dieser Initiative transparent vorgelegt. Auch in der Baukommission wurde nochmals aufgezeigt, dass eine Verschiebung Sinn macht, bis die Verkehrsplanung im Raum Bahnhof einen Schritt weiter ist. Damit kein Ordnungsantrag eingeht, möchte er sich kurz halten und erklärt, dass das Initiativkomitee und die SP/JUSO-Fraktion mit der Fristerstreckung einverstanden sind.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf diesen B+A ein und stimmt ihm zu. Sie freut sich darauf, dass der Stadtrat und das Parlament nächstes Jahr der Initiative zustimmen werden.

Jules Gut: Auch die Fraktion der GLP wird auf den B+A eintreten und zustimmen.

Christian Hochstrasser: Die Grünen/Jungen Grünen treten auch auf den B+A ein und werden zustimmen. Die Fraktion der G/JG fordert aber, dass zu dem Thema Bahnhofstrasse in einem halben Jahr auch Lösungen auf dem Tisch sind, die im Zusammenhang mit der Initiative stehen. Stichwort: Carparkplatz am Schwanenplatz oder andernorts. Die G/JG hoffen, nachdem nun der Verlängerung zugestimmt wird, dass es dann keine Null-Lösung ist, welche man in einem halben Jahr vorlegt. Oder dass die Initiative abgelehnt wird, andere Varianten oder gar ein Gegenvorschlag präsentiert wird. Ob dann die Initiative in dem Wortlaut, wie sie jetzt vorliegt, geschickt oder ungeschickt ist, kann dann im Zusammenhang mit Varianten und anderen Überlegungen hoffentlich beurteilt werden.

Rieska Dommann: Initianten haben sich geäußert, dass sie einverstanden sind mit der Verlängerung. Auch die FDP wird der Fristverlängerung zustimmen.

Urs Zimmermann: Die SVP-Fraktion tritt auch auf den B+A 35/2012 ein und stimmt der Verlängerung zu.

Roger Sonderegger: Die CVP wird ebenfalls auf den B+A eintreten, sie will eine attraktive Bahnhofstrasse mit einem hohen Aufenthaltswert, wie die Initianten. Dass die Situation aktuell nicht befriedigend ist, kann er bestätigen. Er geht öfter mit Studenten, welche Verkehrsplanung studieren da hin, um Konflikte zu beobachten. Es gibt einige Konflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern. Er möchte in zwei Jahren im Unterricht als „Vorher-Nachher-Szenario“ aufzeigen, was es bringt, wenn man baulich etwas investiert und sich das Verhalten der Verkehrsteilnehmer dadurch tatsächlich verändert. Das wäre für ihn eine schöne Geschichte. Die CVP möchte dem Stadtrat mitgeben, dass das Projekt, welches in einem halben Jahr präsentiert wird, nicht nur qualitativ hochstehend ist, sondern auch ein verträgliches Preisschild mit sich bringt. Also ein ausgewogenes Projekt, in dem Qualität und Kosten übereinstimmen.

Die CVP wird auf den B+A eintreten und dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Was Christian Hochstrasser mitgegeben hat, ist eigentlich mitunter der Grund, dass der Stadtrat eine kurze Fristverlängerung beantragt. Selbstverständlich wird man in einem halben Jahr für die verschiedenen relevanten Projekte, welche am Laufen sind, keine bahnbrechenden Erkenntnisse haben, solange das Gesamtverkehrskonzept in Arbeit ist. Die Stellungnahme zur Initiative muss einen Weg aufzeigen, der gangbar und sinnvoll ist. Er muss auch mit den verschiedenen möglichen und wahrscheinlichen Szenarien im Bereich des Bahnhofplatzes abgestimmt sein. Im nächsten Frühjahr, voraussichtlich im zweiten Quartal, wird ein Vorprojekt Tiefbahnhof mit Durchmesserlinie auf dem Tisch liegen. Wo dann welches Projekt an der Bahnhofstrasse kompatibel ist, kann mit der zukünftig erwarteten Entwicklung noch nicht gesagt werden. Das war das Anliegen der Initianten, er nimmt es gerne mit und ist zuversichtlich, in einigen Monaten eine vernünftige Stellungnahme zur Initiative vorlegen zu können.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es liegt kein Rückweisungsantrag vor. Somit ist das Eintreten beendet. Gibt es allfällige Bemerkungen zum Detail? Wer der Fristverlängerung bis 8. Mai 2013 zustimmen will, soll die Hand erheben.

Der Rat stimmt der Fristverlängerung zu.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 35 vom 24. Oktober 2012 betreffend

Verlängerung der Frist zur Behandlung der Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von §§ 41 und 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. September 2004 und Art. 8 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Die Frist, innert welcher der Stadtrat die Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ zu behandeln hat, wird bis zum 8. Mai 2013 verlängert.

5. Bericht und Antrag 37/2012 vom 31. Oktober 2012: Abschreibung von Motionen und Postulaten

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der B+A 37/2012 wurde in der Geschäftsprüfungskommission behandelt.

Eintreten

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Der B+A wurde in der Geschäftsprüfungskommission besprochen und diskutiert. Die GPK ist wie immer dem Grundsatz gefolgt, dass Motionen und Postulate nicht abgeschrieben werden sollen, bevor sie wirklich realisiert worden sind. Und das ist meistens dann der Fall, wenn in einem Bericht und Antrag die geforderte Massnahme umgesetzt wird. Dann sollen sie auch mit dem B+A abgeschrieben werden, und nicht vorher. Das hat die GPK dazu gebracht, das Postulat 373, Ziffer 3, Seite 3, nicht abzuschreiben, weil das eben erst abgeschrieben werden soll, wenn es verwirklicht worden ist. Sonst hat die GPK keine Änderungen vorgenommen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Detailberatung erfolgt in der Reihenfolge Ziffer I bis III und wird jeweils abgestimmt.

Detailberatung

Ziffer I, Seite 3–7

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die GPK schlägt vor, Postulat 373 (Seite 3, 3.) nicht abzuschreiben.

Das Postulat 373 wird vom Rat einstimmig nicht abgeschrieben.

Christian Hochstrasser äussert sich zum Postulat 100 (Punkt 9 auf Seite 5): Es geht hier um die Erschliessung Richtung Rontal mit der Linie 1. Er hat nachgeschaut, wie das von der Mehrheit überwiesene Postulat formuliert war. Der Text lautete: „Wir fordern den Stadtrat auf, sich beim Kanton und ÖV-Verbundrat für eine Verlängerung der Buslinie 1 vom Maihof zum Bahnhof Ebikon einzusetzen.“ Jetzt ist es so, der Stadtrat hat das Anliegen aufgenommen und sich eingesetzt. Das war im Programm AggloMobil due aufgenommen. Allerdings ist der Umsetzungszeitraum dieser Massnahme relativ unverbindlich. Einerseits wird es im Agglo-Mobil due ungefähr für 2016 vorgeschlagen, im Aggloprogramm irgendwo zwischen 2015 und 2018. Die Fraktion G/JG ist der Meinung, dass aufgrund des Postulats der Stadtrat den Auftrag hat, sich für die Verlängerung der Linie 1 einzusetzen, bis klar ist, wann die Verlängerung auch kommt. Und allenfalls, wenn nötig, durch das Postulat auch Forderungen zu stellen, wenn der Fall eintritt, dass es nicht rechtzeitig umgesetzt würde. Der Sprechende beantragt, Postulat 100 nicht abzuschreiben, bis man weiss, wann die Massnahme in Kraft tritt.

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Dieser Antrag wurde in der Geschäftsprüfungskommission auch gestellt und mit 6:2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es wird über den Antrag abgestimmt.

Das Postulat 100 wird vom Rat einstimmig abgeschrieben.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Nun wird abgestimmt über Ziffer I bis IV, auf Seite 15.

Wer der Abschreibung von Motionen und Postulaten 1 bis 15, mit Ausnahme von Ziffer 3, zustimmen will, soll die Hand erheben.

Der Rat stimmt diesen Abschreibungen zu.

Ziffer II, Seite 8–9, Pos. 1-6

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Wer der Verlängerung der Erledigungsfrist, Ziffer 1 bis 6, um ein weiteres, zweites Jahr zustimmen will, soll die Hand erheben.

Die Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr, wird durch den Rat genehmigt.

Ziffer II, Seite 10–11, Pos. 1-5

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Gibt es Wortmeldungen zu Verlängerungen um ein weiteres, drittes Jahr?

Albert Schwarzenbach möchte sich gerne zu Motion 380 Planung Grendel/Löwengraben äussern. Im Jahr 2005 hat die CVP ein Postulat eingereicht, mit dem Text: Für eine Begegnungszone Löwengraben West. Das ist überwiesen worden. Im Jahr 2006 hat wieder die CVP eine Motion eingereicht, mit dem Text: Grendel, Tor zum Marktplatz. Man solle die Planung wieder aufnehmen. Es ist überwiesen worden. Im Jahr 2008 hat die CVP, zusammen mit der SP, eine Motion Planung Grendel/Löwengraben eingereicht. Die Motion wurde überwiesen. In der Antwort hat damals der Stadtrat gesagt, dass man den Grendel bis zum November 2011 umgestalten möchte, Grabenstrasse/Löwengraben bis zum Jahr 2013. Im gleichen Jahr hat die CVP, zusammen mit SP und Grünen, eine Motion eingereicht: Velofreundliche Altstadt, Planungsbericht. Denn wenn man die Planung machen will, ist sehr wichtig, was mit den Velos geschieht und das hat einen Zusammenhang, damit die Planung nachher gut vorankommt. Auch diese Motion wurde überwiesen. Im Jahr 2010 hatte er Angst, dass der Grendel bis November 2011 nicht wirklich eröffnet werden könnte.

Der Sprechende hat eine Interpellation eingereicht und wollte wissen, was mit dieser Planung geschieht. Was er herausfand, dass es eine Sitzung gibt im Oktober 2010. Und seither hat eine Arbeitsgruppe das entwickelt, was in diesem Herbst eigentlich hätte vors Parlament kommen sollen. Es wurde wieder auf später verschoben. Warum sag ich das hier? Es hat einige grundsätzliche Aspekte. Das System von immer neuen Abklärungen, immer neuen Studien, immer neuem Papier, das verursacht Kosten. Und die Kosten, die findet man eigentlich nirgends. Das sind einfach Kosten, die entstehen. Und das sind Sachen, welche aus seiner Sicht, mit haushälterischem Umgang von Mitteln wie sie ja hier alle miteinander postulieren, nicht so viel zu tun haben.

Das zweite ist, die Vorstösse wurden alle vom Parlament überwiesen – aber über ein Konzept, einen B+A oder so etwas hat man nie reden können. Das sind doch Aufträge, so viele Aufträge, und keiner ist eigentlich bis jetzt erfüllt worden. Er findet, das Parlament – ob es dann Ja oder Nein zur Planung Grendel/Löwengraben sagt – soll endlich Gelegenheit bekommen, sich einmal dazu äussern zu können. Es ist ja so, dass in der Arbeitsgruppe sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet wird. Immer wird das Hohe Lied der Freiwilligenarbeit gepredigt. Die Leute haben über ein Jahr mitgearbeitet, sehr viel Freizeit eingesetzt und wenn dann nie etwas geht, verlieren sie ihren Elan. Die klinken sich dann aus, weil es nicht mehr geht. Plötzlich muss alles wieder von vorne angefangen werden.

Der Sprechende möchte einfach, dass er in einem Jahr an diesem Ort nicht mehr zu diesem Thema reden muss. Und er würde sich sehr freuen, wenn seine Politikergeneration einmal bei der Eröffnung Grendel/Löwengraben dabei sein könnte.

UVS-Direktor Adrian Borgula: schliesst sich den Worten von Albert Schwarzenbach gerne an. Das Konzept Veloparkierung Altstadt ist kurz vor Abschluss. Das Projekt Umgestaltung Grendel sieht vor, die notwendigen Werkleitungssanierungen im Jahr 2014 parallel zu realisieren. Das braucht dann die Unterstützung des Parlaments und die Zustimmung der Bevölkerung. Die Planung schreitet voran und liegt demnächst vor. Er möchte nächstes Jahr nicht noch einmal aufstehen müssen und sagen: man arbeitet daran.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer fragt Albert Schwarzenbach, ob sein Votum einen Antrag darstelle, was dieser verneint. Wenn es keine weiteren Voten mehr gibt, wird abgestimmt zu Ziffer III, ebenfalls auf Seite 15: Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr.

Der Rat stimmt der Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr zu.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Gibt es Wortmeldungen zum letzten Kapitel IV, Seite 15, Verlängerung um ein weiteres viertes oder zusätzliches Jahr?

Der Rat stimmt der Verlängerung um ein weiteres viertes oder zusätzliches Jahr zu.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 37 vom 31. Oktober 2012 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1 und 2 sowie 4–15, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–6, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–5, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–4, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

6. Bericht und Antrag 36/2012 vom 27. Oktober 2012: Abrechnung von Sonderkrediten

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Abrechnung von Sonderkrediten wurde in der Geschäftsprüfungskommission, in der Baukommission und in der Sozialkommission behandelt. Sie bittet die Kommissionspräsidentinnen und den Kommissionspräsidenten, am Anfang kurz einzutreten auf die Abrechnung in ihren Kommissionen. Die Detailberatung wird direktionsweise vorgenommen.

Eintreten

Geschäftsprüfungskommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat Ziffer 2.1 behandelt und keinen Bedarf gefunden, etwas zu diskutieren.

Sozialkommissionspräsidentin Luzia Mumenthaler-Stofer: Die Sozialkommission hat die zugeordneten Geschäfte behandelt und allen Bauabrechnungen einstimmig zugestimmt.

Baukommissionspräsident Daniel Wettstein: In der Baukommission wurde allen Abrechnungen zugestimmt. Sie wurden zur Kenntnis genommen und akzeptiert. Es gab da und dort thematisch kleine Fehler und Änderungen, welche vor Ort gleich korrigiert wurden.

Detailberatung

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Detailberatung wird direktionsweise vorgenommen.

Baudirektion	Seite 6–37	keine Wortbegehren
Bildungsdirektion	Seite 40–41	keine Wortbegehren
Sozialdirektion	Seite 42	keine Wortbegehren
Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit	Seite 43–49	keine Wortbegehren

Keine Wortmeldungen zu der Zusammenstellung der Abrechnungen. Somit wird über den Beschlussesentwurf auf Seite 57 abgestimmt.

Die Abrechnung von Sonderkrediten wird vom Rat genehmigt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 36 vom 24. Oktober 2012 betreffend

Abrechnung von Sonderkrediten,

gestützt auf den Bericht der Baukommission (Ziff. 1.1–1.5, 1.8, 1.9, 4.1, 4.2 und 4.3), der Sozialkommission (Ziff. 1.6, 1.7, 2.2 und 3.1), und der Geschäftsprüfungskommission (Ziff. 2.1),

in Anwendung von Art. 69 lit. b Ziff. 8 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Die vorgelegten Abrechnungen über Sonderkredite werden genehmigt.

**7. Postulat 328, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion,
vom 25. April 2012:
Road Pricing für Luzern**

Antrag Stadtrat: Ablehnung

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Postulat wird vom Stadtrat abgelehnt, womit die Diskussion gegeben ist.

Eintreten

András Özvegyi: Die Grünliberale Fraktion bedankt sich für die Antwort des Stadtrates und freut sich sehr über die grundsätzliche Bereitschaft zum Thema Road Pricing. Leider ist es ja eine Ablehnung, und nicht eine teilweise Überweisung, weshalb die GLP-Fraktion am Postulat festhält. Nur schon, um darüber diskutieren zu können. Der Stadtrat zieht in seiner Antwort aus Sicht der GLP den falschen Schluss. Vielleicht ist es halt einfach der bequemere Schluss. Er erläutert in der Antwort einige Haltungen, wo die GLP anderer Meinung ist, auf die der Sprechende kurz eingehen will.

Erstens gab es im 2005 eine Motion, welche als Postulat überwiesen wurde. Es wurde dann nie so klar, was mit dem Postulat passiert ist. Für die GLP ist es offensichtlich, die Verantwortung für den ersten Schritt dieses Themas wurde dem Kanton übergeben. Der Kanton ist sowieso nicht der Pionier von Verkehrslösungen. Er wollte einfach nicht im Alleingang gehen, nur mit der ganzen Schweiz. Und jetzt kommt aktuell noch der juristische Bundesbeschluss dazu, der die notwendige Gesetzesänderung für ein Pilotprojekt in Bern ablehnt. Und so wurde das Projekt weitergeschoben. Man schiebt den Ball einfach weiter. Das ist nach Meinung der GLP nicht gut.

In der Antwort fällt der zweite Punkt auf, mit der Aussage, der Perimeter sei bis in die Agglomeration auszuweiten. Wenn man das macht, ist es auch der GLP klar: Das ist das Ende der

Übung. Denn je weiter vom Zentrum weg, kennen die Menschen die Probleme nicht, welche im Zentrum vordergründig sind. Die GLP ist der Meinung, der Perimeter muss nicht über das Stadtgebiet hinausgehen, im Gegenteil. Auch das Gesamtverkehrskonzept definiert eine Kernstadt und untersucht dort den Verkehr intensiver. Für die GLP könnte es eventuell sogar nur die Seebrücke sein, eben ein punktuelles Road Pricing, wie im Postulat gemeint ist: kleinstes Road Pricing mit grosser Wirkung.

Im dritten Punkt begründet der Stadtrat die Ablehnung mit dem Fehlen von Road Pricing im Agglomerationsprogramm der zweiten Generation. Die GLP ist da umgekehrter Meinung. Gerade deshalb muss man ein Zeichen setzen, und Road Pricing in das Agglomerationsprogramm der dritten Generation hineinbringen. Eigentlich fehlen genau solche Ansätze als flankierende Massnahmen zu den grossen Stadtumfahrungs-Projekten. Sonst haben solche Ideen nie eine Chance. Auch das Astra bestätigt, dass es ohne kräftige flankierende Massnahmen nicht geht. Das sei aber Sache des Kantons. Das ist genau der Punkt, das Postulat zu überweisen, und dem Kanton zu helfen, auf diese Idee zu kommen.

Noch einige Bemerkungen zum Road Pricing im Allgemeinen: Es ist für die GLP schon klar, dass Road Pricing nicht morgen kommt, wenn das Postulat jetzt überwiesen wird. Die Gesetzesänderung wird ja von Bundes-Bern blockiert. Die GLP ist der Meinung, man müsse sich hier und da auch langfristige Gedanken machen. Das kurz- bis mittelfristige Gesamtverkehrskonzept, welches erwähnt ist, wird ja nichts Neues mehr bringen. Der grösste Aufwand ist dort ja das Monitoring. Das höchste aller Gefühle als Massnahme wäre die durchgehende Busspur vom Pilatusplatz bis zum Luzernerhof. Dann bleibt ein Fahrstreifen für den MIV, und genau dann geht das Gerangel los. Dann ist es wichtig, den überflüssigen Verkehr weg zu haben. Genau dann ist Road Pricing ein Lösungsansatz, welcher zumindest geprüft oder vorbereitet werden muss. Zum andern, wie die langfristigen Bypass-Projekte funktionieren sollten, welche die Stadt umfahren, hat noch niemand genau aufgezeigt. Eines ist sicher, ein Wegweiser allein wird nicht genügen, um alle auf den Umweg um die Stadt herum zu schicken, wenn das Zentrum noch offen ist. Ein diskutierter Lösungsansatz ist dann ein Fahrverbot durch das Zentrum und das findet die GLP krass. Die GLP findet, ein Road Pricing ist dann eine eigentliche Zwischenlösung – also sicher besser als ein Fahrverbot. Noch ein Wort zu den Beispielen aus dem Ausland: Ein solches System wirft finanzielle Einnahmen ab und das wäre ein willkommener Beitrag für den Infrastrukturfonds für Verkehr der Stadt Luzern.

Deshalb zum Schluss: Die GLP-Fraktion hält am Postulat fest und wird nicht einfach aufgeben. Sie ist überzeugt, es braucht ein Lobbying von unten. Dazu braucht der Stadtrat einen Auftrag vom Parlament. Der Stadtrat soll sich bei jeder Gelegenheit für Road-Pricing einsetzen, beim Kanton, in Bern, und für das Pilotprojekt Bern, und auch bei Treffen zum Metropolitanraum Zürich für die dortigen Projekte.

Max Bühler: Es gibt genügend Beispiele von erfolgreichem Road Pricing. London, Stockholm oder Oslo sind nur drei davon. Der Sprechende behauptet, dass sich im Rat alle einig sind, dass die Stadt mit einer grossen Verkehrslast zu kämpfen hat und sich diesbezüglich zunehmend vor Probleme gestellt sieht. Die Idee des Road Pricing ist ein interessantes Konzept, welches diesen Problemen potenziell mindestens zum Teil vorbeugen kann. Road Pricing

kann, basierend auf dem Verursacherprinzip, den MIV reduzieren und die Leute zum Umsteigen auf den ÖV animieren. Er möchte betonen, dass es nicht die Idee eines Road Pricing sein kann, dass die Konsequenz daraus eine Zweiklassenmobilität ist, dass nur begüterte Menschen uneingeschränkte Mobilität geniessen können und Leute mit bescheidenen Mitteln benachteiligt werden. Road Pricing muss deshalb Hand in Hand gehen mit dem Ausbau des ÖV und dem Langsamverkehr. Nichts desto trotz ist die SP/JUSO-Fraktion der Meinung, dass es jetzt sinnvoll ist, ein Road-Pricing-Konzept in der Stadt Luzern zu prüfen, auch wenn die bundesgesetzlichen Grundlagen im Moment noch nicht gegeben sind. Es geht darum, zu prüfen, und nicht darum, Road Pricing einzuführen. Die Autofahrerinnen und Autofahrer müssen nicht morgen, oder schon übermorgen bezahlen, um die Seebrücke zu befahren.

In diesem Sinne bittet die SP/JUSO-Fraktion den Grossen Stadtrat, das sich selber auferlegte Credo – wonach verkehrspolitisch kein Denkverbot ausgesprochen ist – zu beherzigen, und empfiehlt die vollständige Überweisung des Postulats.

Urs Zimmermann stellte mit grosser Freude fest, dass der Stadtrat das Postulat ablehnt. Die Freude verging jedoch beim Lesen der Stellungnahme. Der Stadtrat ist trotzdem der Meinung, dass ein Road Pricing zu untersuchen ist, sobald die Gesetzesänderung auf Bundesebene vollzogen ist. Weiter wird aufgeführt, dass diese Massnahmen zum Erreichen der verkehrspolitischen Ziele positiv unterstützt werden und auch eine Mitwirkung angestrebt wird, sofern der Bund ein Road-Pricing-Projekt lanciert.

Ziel eines solchen Systems ist es, das Verkehrsverhalten zu beeinflussen. Es beeinflusst aber nicht nur das Verkehrsverhalten, sondern auch das Konsumverhalten. Umsatzeinbussen der ortsansässigen Betriebe wären vorprogrammiert. Eine andere Problematik ist, dass immer mehr "Wenigverdiener" die Stadt verlassen müssen. Ein Road Pricing unterstützt diese Entwicklung zusätzlich. Diese unsoziale Politik bringt eben nicht nur „Geringverdiener“ in Bedrängnis, sondern auch weite Teile des Mittelstandes. Ob das denn nun sozial sein soll?

Mit dem Road Pricing wird der Autofahrer wieder einmal mehr zur Kasse gebeten. Es handelt sich um eine Strassenbenützungsgebühr, oder anders gesagt, um eine Strafgebühr. Darf der Autofahrer ausser Steuern, Zölle und Bussen zahlen, auch noch was anderes?

Die SVP lehnt dieses Postulat wie der Stadtrat ab, jedoch aus völlig anderen Beweggründen. Sie steht ein für die freie Wahl der Verkehrsmittel und lehnt sämtliche verkehrsbehindernden Massnahmen und weitere Schikanen gegenüber dem MIV ab.

Reto Kessler: Für ein Road Pricing fehlen derzeit die gesetzlichen Grundlagen und für ein Pilotprojekt braucht es eine Gesetzesänderung auf Bundesebene. Bei Betrachtung der Zeitverhältnisse bringt dies keine kurzfristige Entschärfung der aktuellen Verkehrsproblematik. Dieses Vorhaben als Pilotprojekt zu realisieren, wäre sehr teuer in der Planung und in der Umsetzung, was aus Sicht der FDP auch nicht vereinbar wäre mit der Finanzlage der Stadt Luzern. Das Verkehrsproblem in Luzern besteht vor allem in den Hauptverkehrszeiten, um ehrlich zu sein, während zwei Stunden am Morgen und zwei Stunden am Abend. Um dieses Problem zu lösen, gilt es schnellere und sinnvollere Varianten zu prüfen und dann auch zu

realisieren.

Gemäss den Postulanten soll ein angemessener Betrag dem MIV belastet werden. Wenn davon ausgegangen werden kann, dass dieser Betrag angemessen ist, wird die Problematik dadurch nicht gelöst. Würde ein „teures“ Road Pricing eingeführt – wenn also höhere Preise verlangt würden – wird das Gewerbe, also die KMU, und der Berufsverkehr bestraft. Das ist sicher nicht im Sinne der FDP.

András Özvegyi hat vorher gesagt, dass die Problematik vor allem im Stadtkern besteht. Dem hält der Sprechende entgegen, dass auch die Agglomeration hier einen grossen Anteil dazu beiträgt. In der Agglomeration gibt es mehrere Orte, welche ebenfalls Verkehrsprobleme haben. Zum Beispiel Kriens, in Emmen die Seetalstrasse. Wenn man das alles betrachtet, sind das Verkehrsteilnehmer, die nachher in Richtung Stadt unterwegs sind, und dort das generelle Problem auch schon aufgleisen. Insofern müsste also ein Road Pricing wirklich auf Agglomerationsbasis geprüft werden. Ein Alleingang der Stadt nützt so nichts. Wichtig sind einfache Lösungen, welche in kurzer Zeit umgesetzt werden können.

Aus dieser Sicht lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Christian Hochstrasser: Der Bund signalisiert im Zusammenhang mit Verkehrsfinanzierung immer wieder, dass lang- und mittelfristig ein Mobility Pricing, welches das Road Pricing übrighens beinhaltet, die richtige Lösung ist. Die Stadt Luzern will sich gemäss Aussagen auf die Antwort auf das Postulat gerne an einem solchen Road-Pricing-Projekt beteiligen. Und sie könnte das weiterhin gegenüber dem Bund und dem Kanton signalisieren. Das würde vielleicht helfen, die Arbeit des Bundes voranzubringen, wenn hier schon eine positive Rückmeldung erfolgen würde.

Ob es richtig ist, dass der Stadtrat im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts seinen Hauptfokus auf das Road-Pricing legt, wird in gewisser Masse von den Grünen/Jungen Grünen bezweifelt. Da ist auch der Umsetzungszeitpunkt des Verkehrskonzepts wahrscheinlich nicht ideal abgestimmt auf die mittel- und langfristige Planung des Bundes. Hier geht es um ein Bekenntnis, dass die Stadt Luzern weiterhin aktiv ist. Man wäre dabei, sobald der Bund ein solches Projekt lancieren würde, so wie es der Stadtrat auch zeigt. Am allerbesten könnte man das gewährleisten, den Stadtrat mit einem überwiesenen Postulat im Rücken in seinen Bestrebungen zu bestärken.

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen beantragt, das Postulat zu überweisen.

Roger Sonderegger: Das Parlament fällt wieder einmal in der Mitte auseinander. Bei der Verkehrspolitik ist es immer spannend, wenn man erst am Schluss erzählen kann, was vorher passiert ist. Es ist nicht nur so, dass es eine Gesetzesänderung braucht. In der Bundesverfassung steht in Artikel 82: „Die Benützung öffentlicher Strassen ist gebührenfrei. Die Bundesversammlung kann Ausnahmen bewilligen“. Das ist klar weshalb. Das ist ein Artikel von 1848, als sich die Kantone zusammengeschlossen haben, wollte man die kantonalen Strassenzölle weg haben, aber der Artikel ist immer noch in der Bundesverfassung. Als Nichtjurist glaubt er, ein Road Pricing könnte man vielleicht auf Gesetzesebene durchbringen. Das müsste allerdings generell in beiden Kammern diskutiert werden, um dann in die Verfassung aufgenommen zu

werden.

Warum diese Meinung? Die Mehrheit der CVP-Fraktion steht eigentlich hinter einem Road Pricing als Grundsatzidee. Wenn man weltweit schaut, wo ein Road Pricing eingeführt wird, ist die Grösse der Städte, in denen es funktioniert, allerdings in einem ganz anderen Massstab als Luzern. Die Systeme sind in der Technik extrem aufwendig, damit es auch wirklich funktioniert und die öffentliche Hand das durchführen will. Vielleicht ist Luzern eine zu kleine Perle, welche sich zum Leuchten bringen will. Unsere Bundesrätin – und mit uns meine ich uns alle, und ihr Departement – bereitet Mobility Pricing vor. Ein Bericht für das nationale Parlament ist in Erarbeitung, welcher die Einführung eines umfassenden Preissystems für die Mobilität vorsieht. Aus Sicht der CVP ist die umfassende Betrachtung der Mobilität genau die richtige Richtung, mit der entsprechenden Preisvorstellung.

Er glaubt nicht, dass es richtig ist, den Stadtrat in die Wandelhalle des Bundeshauses zu schicken um für das Road Pricing zu lobbyieren. Um die Verkehrsprobleme in der Stadt Luzern zu lösen gibt es andere Instrumente. Die CVP findet, man sollte mit den Ressourcen so sorgfältig umgehen, dass man den Stadtrat dort ins Rennen schickt, wo er eine Chance hat, das Rennen zu gewinnen. Man glaubt, da wird der Stadtrat in ein Rennen geschickt, wo er das Bein schon gebrochen hat, bevor das Rennen gestartet ist. Der Rat kann den Worten entnehmen, dass die CVP eigentlich die Auffassung des Stadtrates teilt. Die CVP-Fraktion kann die Begründung nachvollziehen und wird das Postulat ablehnen.

András Özvegyi: Road Pricing, nur dass das gesagt ist, findet bereits heute statt. Nur wird nicht mit Geld, sondern mit Zeit bezahlt. Das sind die Autofahrer selber, es ist das Gewerbe, das stecken bleibt. Und vor allem sind das viele, viele Leute, die im Bus stecken bleiben und nicht vorwärtskommen. Die Einheit der Währung die bezahlt wird, ist die Zeit. Zu den einzelnen Voten, als Antwort zur FDP: Das Postulat verlangt nicht ein Pilotprojekt, sondern die Prüfung im Gesamtverkehrskonzept – ein Kapitel im Gesamtverkehrskonzept. Es wird so viel über Road Pricing geredet. Der Sprechende findet es schade, dass jetzt Verkehrspolitik betrieben wird für die nächsten fünf, zehn oder zwanzig Jahre, und Road Pricing ist darin nicht enthalten. Auch noch zur Benachteiligung des Gewerbes: Genau das will das Postulat prüfen lassen. Es gibt ja verschiedene Tarifsysteme. Eine Möglichkeit wäre sogar, dass es nur zwei Stunden am Morgen und zwei Stunden am Abend kostet. Das ist relativ einfach mit den heutigen technischen Mitteln. Man bekommt auch Telefonrechnungen, in denen alles im Detail aufgelistet ist. Genauso könnte das mit den Autofahrten gehen.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat ist nach wie vor offen für Road Pricing, allenfalls für Mobility Pricing. Er bedauert wirklich, dass der Pilotversuch im Kanton Luzern nicht zu Stande kam. Das ist nicht nur einfach geschrieben, es ist so. Und deshalb ist er mit der Einschätzung, der Stadtrat käme zu falschen und bequemen Schlüssen, nicht ganz einverstanden. Der Stadtrat ist der Ansicht und überzeugt, dass das umwelt- und verkehrspolitische Ziel mit Road Pricing unter Umständen – je nach Ansatz dieses Preissystems – wirklich erreicht werden kann. Die Mobilität ist grundsätzlich günstig und aber auch belastend. Sobald die gesetzliche Grundlage besteht, ist der Stadtrat offen für ein Pilotprojekt. Aber nur zusammen mit dem

Kanton und der Agglomeration. Der UVS-Direktor teilt die Einschätzung nicht, dass das Stadtgebiet gross genug ist für ein Road-Pricing-System. Die genannten Beispiele Oslo, Stockholm, London, das sind leicht bis stark andere Dimensionen. Ganz klar muss man sehen, dass Verkehrswachstum in der Stadt Luzern findet am Rand, in der Agglomeration statt.

Zu András Özvegyi möchte er sagen, wenn ein Postulat eingereicht wird mit einer Forderung, wird die Forderung 1:1 angeschaut. Was hier heisst, die Forderung ist klar: Im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts wird der Stadtrat gebeten, das Thema Road Pricing zu prüfen. Das ist der Auftrag, und zu diesem sagt der Stadtrat nein. Der Stadtrat sagt nicht zum System nein. Er sieht die Chance eines Road Pricing durchaus. Es macht keinen Sinn, für die unmittelbar anstehenden Probleme hier in der Kernstadt in diesem Gesamtverkehrskonzept Massnahmen zu treffen für die nächste Perspektive mit Horizont 2020. Und deshalb wird ja am Verkehrskonzept gearbeitet, mit dem Kanton, mit LuzernPlus und mit dem Verkehrsverbund. Das Gesamtverkehrskonzept soll möglichst schnell erfolgen. In eineinhalb bis zwei Jahren muss das abgeschlossen sein. Es ist auch Absicht, Massnahmen, die unbestritten sind, vorher schon zu realisieren. Der Stadt will keine Zeit verlieren für eine Abklärung eines Road-Pricing-Systems, für das in absehbarer Zeit keine rechtliche Grundlage besteht. Er glaubt nicht, dass der Stadtrat das Problem an den Kanton delegiert hat. Die wesentlichen Strassen sind Kantonsstrassen, da kann man nicht einfach sagen, wir machen ein Road Pricing. Das muss mit dem Kanton abgesprochen werden und der Kanton muss einverstanden sein. Und wenn der Kanton nicht mitmacht – und das wollte er damals nicht beim Pilotprojekt –, dann kann die Stadt nicht von sich aus selber mitmachen. Aber, wie in der Antwort geschrieben, und wie zum Teil bezweifelt wurde, der Stadtrat hat den Eindruck, dass man Road Pricing prüfen muss im Rahmen der langfristigen Verkehrsplanung. Aber es macht keinen Sinn, etwas zu prüfen, was nicht umsetzbar ist. Das wäre Planung in Sand gesetzt. Es ist ihm wichtig, hier zu sagen, man ist im Startprozess im Gesamtverkehrskonzept. Man ist ausgerichtet auf die Perspektive 2020, als nächsten Schritt. Die langfristigen Projekte, die angedacht sind, im Bereich von Nordspange, Bypass, Durchmesser-Tiefbahnhof, die kommen so spät, dass die Verkehrsprobleme vorher gelöst sein müssen. Im Agglomerationsprogramm zweite Generation sind die Massnahmen fast ausschliesslich für Fussgänger-, Velo- und den öffentlichen Verkehr, weil die Kapazität in der Stadt fehlt, zusätzlichen Strassenraum anzubieten. Das heisst, es wird darauf hinaus gehen, den grossen, strassengebundenen Verkehr effizienter zu machen. Die Schienenkapazität ist bereits am Anschlag, höchstens mit grösseren Gefässen oder längeren Gefässen aufzufangen. Das gleiche Bild zeigt sich auf der Strasse. Es ist selbstverständlich so, wenn der Bus im Stau steht, und daneben der MIV, dann gibt es keinen Vorteil für den ÖV. Das will man beheben, und gleichzeitig sicherstellen, dass der wirtschaftlich notwendige Verkehr auch tatsächlich stattfinden kann. Und der kann nur stattfinden, wenn es wieder mehr Raum und Platz gibt. Gleichzeitig möchte man die Lebensqualität in der Stadt erhöhen und – ein ganz wichtiger Punkt – die Verkehrssicherheit, in der Luzern nicht gut dasteht, deutlich und markant erhöhen. Daran wird gearbeitet, und deshalb wird das Postulat abgelehnt. Es sollen nicht irgendwelche Versprechungen erweckt werden, dass Road Pricing gemacht und geprüft. Eine solide Prüfung ist relativ aufwendig, sich gute Überlegungen dazu zu machen – und am Schluss könnte es dann vielleicht sowieso nicht umgesetzt werden. Deshalb die

Ablehnung des Postulats durch den Stadtrat.

Joseph Schärli ist nicht im englischen Parlament, sondern hier in Luzern. Darum redet er von „Benützung von Strassen gegen Entgelt“. Verkehrsteilnehmer sind alle, also zahlen alle. Jeder zahlt an die Strassen, zum Beispiel mit den Steuern. Aber man zielt hier wieder auf den Automobilisten ab, der Automobilist zahlt mit den Verkehrssteuern, er bezahlt mit dem Benzin, und er bezahlt mit der Vignette – er bezahlt immer. Und zusätzlich will man noch das Road Pricing. Die anderen, die Velofahrer, Töfflifahrer, und Fussgänger, sind auch Strassenbenützer. Die müssen auch bezahlen. Und wie wird das System umgesetzt, wie soll das geschehen? Und schliesslich, die Strassen gehören zur Infrastruktur, sind Verbindungswege, sind entscheidend, dass die Wirtschaft überhaupt gedeihen kann, und wo keine Strasse ist, wächst auch wirtschaftlich nichts. Man muss das einfach sehen, es wurde vorher schon gesagt, dass man Einbussen erleidet bei den Geschäften. Einer der grossen Steuerzahler, der sitzt jetzt nicht da, der sitzt am Schwanenplatz. Die, welche da einkaufen wollen, müssen noch zusätzlich bezahlen, dass sie da hinfahren können. Der Sprechende versteht nicht, dass man sagt, man wolle das Ganze noch prüfen. Entweder ist Luzern eine Tourismusstadt oder sie will das gar nicht mehr sein. Es kommt ihm vor, dass man einfach eine Parklandschaft in der Stadt will. Die anderen sollen hinausgehen, das interessiert niemanden. Er gibt zu bedenken, zu überlegen, was man mit solchen Forderungen bewirkt, was das heisst, einfach ein Modewort der Engländer zu übernehmen.

Christian Hochstrasser an Josef Schärli: Man könnte sich wahrscheinlich in diesem Zusammenhang schon einigen. Joseph Schärli hat erwähnt, dass die Velofahrer auch für die Kosten aufkommen sollten. Wenn man hier eine Lösung finden könnte, dass die Autofahrer für ihre Kosten aufkommen, dann könnte er sich durchaus vorstellen, pro Pneu, die er mit dem Velo verbraucht, sicher auch einen Fünfliber für die Strassenbenützung mit zu zahlen. Dann würden wahrscheinlich die Kosten – und das ist ja die Idee des sogenannten Road Pricing – denen belastet, welche die Strasse benützen. So funktioniert das Konzept des Road Pricing. Und dass nicht die Leute, welche keine Mobilität brauchen, den andern ihre Strassen oder Schienen bezahlen müssen. Der Sprechende wäre daher auch gerne bereit, sich in dem Masse an einem Road Pricing zu beteiligen, wie er mit dem Velo Kosten verursacht.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es scheint, dass die Diskussion erschöpft ist. Es wird abgestimmt. Wer das Postulat überweisen will, erhebe die Hand. Die Stimmen müssen ausgezählt werden.

Postulat überweisen	21 Stimmen
Postulat ablehnen	24 Stimmen

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats ab.

**8. Postulat 345, Verena Zellweger-Heggli und Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion, vom 29. Juni 2012:
Überprüfung des Nachtstern-Angebots mit Gemeinden-Partizipation**

Antrag Stadtrat: Ablehnung

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: René Peter tritt als Finanzchef der vbl in den Ausstand. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab, die Diskussion ist gegeben.

Eintreten

Thomas Gmür: Das Postulat wurde geschrieben im Sommer 2012 aufgrund der damals herrschenden Situation, welche die CVP-Fraktion nicht befriedigt hat. Beim Bahnhof stand die Situation, wirklich nicht zum Besten. Die Probleme waren sehr grosses Littering, Alkoholkonsum, und auch die verkehrstechnische Situation mit enorm vielen Bussen, die nachts vom Bahnhof Richtung Landschaft fuhren. So war es damals. Der Stadtrat hat im Sommer reagiert, indem er einerseits die Bänke auf dem Bahnhofplatz demontieren liess, er hat die Blumenrabbatten weggeschafft. Er hat die SIP aufgestockt, er hat nun auch mit der Polizei diskutiert, welche Massnahmen die Polizei zu ergreifen hat und welche nicht. Und zusätzlich sind auch noch die Kameras abmontiert worden. Welche Auswirkungen diese Massnahmen haben werden, weiss man noch nicht. Das wird man im nächsten Jahr sehen. Die CVP-Fraktion wird dranbleiben, sie wird Fragen stellen, die dann jene Antworten vom Stadtrat provozieren sollten, die sie gerne hätte. Die Antworten auf das Postulat sind korrekt, sie geben auf die Fragen Antwort, aber nicht genau diese Antworten, die sie gerne gehabt hätte. Die CVP wird neue Fragen stellen. In diesem Sinne zieht der Sprechende das Postulat zurück.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Nachdem das Postulat zurückgezogen wurde, ist Traktandum 8 erledigt.

**9. Postulat 331, Marcel Budmiger und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 26. April 2012:
Zweitwohnungen müssen erhoben werden**

Antrag Stadtrat: Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Nun wird das letzte Traktandum der heutigen Ratssitzung behandelt. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig die Ab-

schreibung.

Eintreten

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion wehrt sich nicht gegen die Überweisung des Postulats, aber gegen die Abschreibung. Das ist eigentlich schon eine längere Geschichte. Als das Postulat eingereicht wurde, war die Verordnung zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative noch in der Vernehmlassung. Mittlerweile hat sich geklärt, was wirklich unter einer Zweitwohnung gemeint ist. Es ist so, dass Wohnungen welche von Wochenaufenthaltern genutzt werden, nicht dazu gehören. Die SP/JUSO-Fraktion würde es begrüssen, wenn man dazu auch Zählen hätte. Denn man macht nicht Wohnraumpolitik für Wochenaufenthalter, sondern für die Gesamtbevölkerung. In der Antwort des Stadtrates heisst es auch, dass noch keine definitiven Zahlen vorliegen. Der Vorstoss wurde schon zweimal abtraktandiert. Eventuell liegen jetzt die definitiven Zahlen vor. Der Wunsch der SP/JUSO-Fraktion ist, das Postulat erst dann abzuschreiben, wenn die definitiven Zahlen vorliegen, und in dieser Statistik auch die Wochenaufenthalter erfasst sind.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Postulat ist traktandiert auf Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung. Die Ratsvorsitzende lässt über die Abschreibung abstimmen.

Der Rat stimmt der Abschreibung des Postulats zu.

Mit den besten Wünschen für die kommenden Festtage schliesst die Ratspräsidentin Theres Vinatzer die Sitzung. Sie lädt alle ganz herzlich ein zum anschliessenden Weihnachts-Apéro.

Der Grosse Stadtrat trifft sich wieder am 17. Januar 2013 zu einer ganztägigen Sitzung zur Beratung der BZO.

Schluss der Sitzung: 17.25 Uhr

Luzern, 24. Januar 2013

Der Protokollführer:



Franz Meyer

Eingesehen von:



Hans Buechli,
Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat

